

Mensch & Politik

Dr. Silke Launert



LESEN SIE AKTUELLES AUS BERLIN UND DER REGION BAYREUTH-FORCHHEIM

Mensch & Politik
GESAMTAUSGABE 26 - 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist kaum zu glauben: Weihnachten klopft schon wieder an unsere Türen und das neue Jahr steht bereits in den Startlöchern. 2022 war ein Jahr, das uns als Gesellschaft massiv herausgefordert hat und in welchem wir uns von vermeintlichen Gewissheiten verabschieden mussten. 2022 war aber auch ein Jahr, in welchem wir wieder die Möglichkeit hatten, uns miteinander vor Ort auszutau-

schen. Trotz all der Schwierigkeiten, welche die letzten zwölf Monate mit sich gebracht haben, war es schön zu sehen, wie die Menschen dieses Beisammensein genossen haben und hieraus neue Energie gewinnen konnten.

Von Herzen wünsche ich Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und besinnliche Tage im Kreise Ihrer Liebsten,

die Sie Kraft schöpfen lassen für all das, was uns das kommende Jahr bringen mag.

Ihre Silke Launert



Bund unterstützt Bayreuth Baroque mit 500.000 Euro



Berlin/Bayreuth. Auch 2023 fördert der Bund wieder Einrichtungen auf dem Gebiet der Musik, Literatur, des Tanzes und Theaters. Wie der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages in der heutigen Bereinigungssitzung beschlossen hat, werden 500.000 Euro für das Bayreuth Baroque Opera Festival zur Verfügung gestellt.

„Ich freue mich wirklich sehr, dass Bayreuth Baroque eine so erhebliche Summe erhält und damit auch die Wertschätzung entgegengebracht bekommt, die es verdient! Das Festival hat sich in den vergangenen Jahren zu einer neuen Bayreuther Institution entwickelt und belebt das Weltkulturerbe außerordentlich erfolgreich. Es ist schön zu sehen, dass auch die aktuelle Staatsministerin Claudia Roth erkannt hat, was für eine emanzipierte und vielfältig talentierte Frau unsere Wilhelmine war, auf der das Festival beruht und ihr Erbe bewahren möchte“, so die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, die als Mitglied des Haushaltsausschusses über die zu verteilenden Gelder mitbestimmt.

Zum Hintergrund: Das internationale Festival Bayreuth Baroque findet im Markgräflichen Opernhaus Bayreuth statt und erweckt barocke Opern am Originalschauplatz zu neuem Leben. Das 1748 eröffnete Theater Wilhelmines ist das besterhaltene Beispiel eines freistehenden barocken Hoftheaters. Bei einem Besuch der damaligen Kulturstaatsministerin Professor Monika Grütters im letzten Jahr war diese bereits von dem Projekt begeistert und hat erste Vorarbeit geleistet.

Strom- und Gaspreisbremse beschlossen – Union: Ampel erschafft Bürokratie-Monster



Berlin. Was lange währt, wird endlich gut? Nicht ganz. So zumindest bewertet die Union die von der Ampel-Koalition ausgearbeitete Strom- und Gaspreisbremse, welche Mitte Dezember vom Deutschen Bundestag mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP beschlossen wurde. Wie es in der zugehörigen Gesetzesbegründung heißt, sollen die Preisbremsen die steigenden Energiekosten und die schwersten Folgen für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie für Unternehmen abfedern. Konkret sieht das Gesetz vor, dass Bürgerinnen und Bürger sowie kleine und mittlere Unternehmen von ihren Lieferanten 80 Prozent ihres Erdgasverbrauchs zu 12 Cent je Kilowattstunde beziehungsweise 80 Prozent ihres Wärmeverbrauchs zu 9,5 Cent je Kilowattstunde erhalten. Industriekunden sollen 70 Prozent ihres Erdgasverbrauchs zu 7 Cent je Kilowattstunde oder 70 Prozent ihres Wärmeverbrauchs zu 7,5 Cent je Kilowattstunde bekommen.

Auch hinsichtlich der Kosten für Strom wird es eine Entlastung geben. Haushalte und Kleingewerbe (Entnahmestellen mit einem Verbrauch von bis zu 30.000 Kilowattstunden –kWh) erhalten ein auf 40 Cent/kWh gedecktes Kontingent in Höhe von 80 Prozent ihres historischen Netzbezuges. Für Entnahmestellen, die einen Jahresverbrauch mit mehr als 30.000 kWh aufweisen, also vor allem mittlere und große Unternehmen, enthält das verabschiedete Gesetz ein auf 13 Cent/kWh gedecktes Kontingent in Höhe von 70 Prozent ihres historischen Netzbezuges. Im parlamentarischen Verfahren wurden die Gesetzentwürfe um ein Boni- und Dividendenverbot ergänzt. So dürfen Unternehmen, die durch die Energiepreisdeckel um mehr als 25 Millionen Euro entlastet werden, keine Boni oder vergleichbare Leistungen gewähren.

Die beschlossenen Preisdeckel sollen zwar erst zum März umgesetzt werden, aber auch schon rückwirkend ab Januar Anwendung finden. Die Regelungen sind dabei bis Ende April 2024 befristet.

Die Strom- und Gaspreisbremse komme viel zu spät, kritisiert die Unionsfraktion. Indem die Ampel-Koalition die Gaskommission erst im September eingesetzt habe, habe sie zu viel Zeit ungenutzt verstreichen lassen. Darüber hinaus sei die Strom- und Gaspreisbremse ein „Bürokratie-Monster“. Aufgrund der kompliziert ausgestalteten Antragstellung käme nun weiterer erheblicher Aufwand auf sie zu, so CDU und CSU und fordern eine zügige unbürokratischere Ausgestaltung des Antragsverfahrens.

Bundestag verlängert Laufzeit der Atomkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim und Emsland – Union fordert Weiterbetrieb bis Ende 2024

Berlin. Nach langem Hin und Her innerhalb der Regierungskoalition und Druck vonseiten der Opposition kommt sie nun doch: Die Laufzeitverlängerung für die drei verbliebenen Atommeiler Isar 2, Neckarwestheim und Emsland. Erst hieß es vonseiten des grünen Bundeswirtschaftsministers Robert Habeck, es brauche die Verlängerung nicht, um die Energieversorgung in Deutschland sicherzustellen. Dann schwenkte der Minister teilweise um und erklärte, dass zumindest zwei Meiler über den 31.12.2022 hinaus am Netz bleiben sollten. Erst nach einem Machtwort des Kanzlers wurde ein Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der einen Weiterbetrieb der drei Meiler bis zum 15. April 2023 vorsieht. Die entsprechende Gesetzesänderung wurde nun Mitte November in namentlicher Abstimmung beschlossen. Die Unionsfraktion kritisiert den Beschluss. Eine Verlängerung der Laufzeit um lediglich dreieinhalb Monate reiche nicht aus und sei daher lediglich eine „Scheinlösung“.

Bereits mehrere Wochen vor dem Machtwort des Kanzlers hatte die Union auf einen Weiterbetrieb gedrängt und gefordert, die drei verbliebenen Atomkraftwerke noch bis Ende 2024 am Netz zu lassen. In der Bundestagsdebatte zur Änderung des Atomgesetzes bekräftigten CDU und CSU ihre Forderung und verwiesen darauf, dass der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung davon ausgehe, dass die Energiekrise noch bis mindestens 2024 andauern werde. Als Brückentechnologie sei die Atomkraft in dieser kritischen Situation nötig, um die erforderliche Energiesicherheit für Deutschland zu gewährleisten. Der Weiterbetrieb bis Mitte April 2023 werde nicht zu den Preisdämpfungseffekten führen, wie es bei einer Verlängerung bis Ende 2024 der Fall wäre, führt die Fraktion aus. Indem die Bundesregierung den Einsatz neuer Brennelemente untersage, erkläre sie die Energiekrise für den Strombereich ab dem 16. April 2023 für beendet. „Das ist kurzsichtige Politik, die nicht aufgehen wird“, so das unmissverständliche Urteil der Christdemokraten und Christsozialen.



Union: Wärmewende versorgungssicher, nachhaltig und sozial gestalten

Berlin. Das Thema Wärmeversorgung beschäftigt die Menschen derzeit wie wohl kaum ein anderes. Um dem Problem Herr zu werden, hat die Ampel in den vergangenen Wochen mehrere Maßnahmen beschlossen. Entlastungen gegen die steigenden Preise kämen allerdings erst mit erheblicher Verzögerung, kritisierte jüngst die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die energiepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung vergrößerten die Verunsicherung zusätzlich. Vor diesem Hintergrund unterbreitete die größte Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag in einem von ihr Anfang Dezember eingebrachten Antrag gleich mehrere gezielte Vorschläge für eine technologieoffene, nachhaltige und soziale Wärmewende.

Die Aufgabe der sicheren und nachhaltigen Wärmeversorgung reiche über diesen und den

kommenden Winter hinaus, betonten CDU und CSU und erinnern in ihrem Antrag daran, dass mit dem Klimaschutzgesetz festgelegt wurde, in Deutschland bis zum Jahr 2045 die Treibhausgasneutralität zu erreichen. „Die deutliche Steigerung der Energieeffizienz, der beschleunigte netzdienliche Ausbau der erneuerbaren Energien und in großem Umfang auch die Speicherung erzeugter erneuerbarer Energie seien Schlüssel zur Erreichung der Klimaneutralität und zur Reduktion von Energieimporten“. Anstatt wie die Bundesregierung einseitig auf Verbote und zu wenig Technologie zu setzen, müssten die Potentiale aller Technologien und erneuerbarer CO₂-freier Energieträger genutzt werden. Insbesondere im Wärmemarkt gäbe es keine „One-fits-all“-Lösung. Neben Wind- und Sonnenenergie schließt dies nach Ansicht der Union auch Wasserkraft, Biogas, Wasserstoff

und Wasserstoffderivate, eine nachhaltige thermische Holznutzung für die Wärmeversorgung in den Privathaushalten und Geothermie ein.

CDU und CSU fordern ferner von der Bundesregierung einen verlässlichen Fahrplan, um die Gebäudeeigentümer sowie deren Mieter auf Veränderungen vorzubereiten und sowohl ihnen als auch allen betroffenen Branchen einschließlich des Handwerks Planungs- und Investitionssicherheit zu geben. Zudem müsse die soziale Verträglichkeit sichergestellt werden, um Menschen mit geringem Einkommen oder Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen mit hohem Energiebedarf vor finanzieller Überforderung zu schützen.

Energiekrise: Union fordert stärkere Unterstützung von Sportvereinen



Berlin. Es sind wahrlich keine leichten Zeiten für den Sport in Deutschland. Erst die Corona-Pandemie und jetzt auch noch die Energiekrise mit den damit einhergehenden enormen Kostensteigerungen. Die vielen kleinen Vereine, aber ganz besonders auch die energieintensiven Eishallen, trifft die Krise hart. Doch obwohl der Handlungsbedarf bereits seit längerem bekannt ist und die Zeit drängt, scheint die Bundesregierung den Sport und die Vereine aus dem Blick verloren zu haben.

So hatte sie auf Hilfen für sie zunächst gänzlich verzichtet. In keinem der drei ersten Hilfspakete waren Gelder für den Sport vorgesehen.

In dem neuen 200 Milliarden schweren Maßnahmenpaket werden Sportvereine jetzt zwar erwähnt, allerdings nur am Rande. „Das Verhalten der Bundesregierung ist nicht nur unverständlich, sondern stellt auch eine Gefahr für die Existenz der Sportvereine in Deutschland dar“, so die unmissverständlichen Worte der Unionsfraktion. Die Fraktion fordert die Bundesregierung dazu auf, Kommunen wie auch Vereine als Träger des Sports in Deutschland angemessen zu unterstützen. Ein Schwerpunkt solle dabei auf die Sportinfrastruktur gelegt werden, die als besonders energieintensiv gilt, darunter etwa Eissporthallen und Seilbahnen.

Ein besonderes Augenmerk solle zudem auf die Hallenbäder gerichtet werden, damit die Schwimmfähigkeit von Kindern und Jugendlichen durch Schließungen aufgrund der Energiekrise nicht noch stärker beeinträchtigt würde. Ferner fordern CDU und CSU einen „Notfallplan-Sport“, um im Fall einer akuten Gas-Notlage den Sportbetrieb aufrechterhalten zu können und die Vorlage eines Konzepts, um den Sanierungsstau bei kommunalen und vereinseigenen Sportstätten im Bereich der energetischen Sanierungen zu beheben und damit dem Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, eine Offensive für Investitionen in Sportstätten von Kommunen und Vereinen unter Beachtung der Nachhaltigkeit Rechnung zu tragen.

Union: Hochschulen in die Härtefallregelung aufnehmen!

Berlin. Auch vor den Hochschulen macht die Energiekrise nicht halt. Insbesondere die energieintensive Forschung treibt die Kosten nach oben. Einsparungen in diesem Bereich sind oftmals kaum möglich. Nicht wenigen Hochschulen bleibt daher nur die Möglichkeit, die gestiegenen Energiekosten durch Stelleneinsparungen auszugleichen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion plädiert vor diesem Hintergrund dafür, die Hochschulen in Deutschland bedarfsgerecht und analog zu außeruniversitären Forschungseinrichtungen in die Härtefallregelung der Strom- und Gaspreisbremse aufzunehmen. Zudem soll die Bundesregierung die Härtefallregelung für den wissenschaftlichen Nachwuchs an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen öffnen und bedarfsgerecht finanziell ausbauen. Flächendeckende Einstellungsstopps müssten verhindert werden, so die Union.

Vermittlungsausschuss erzielt Einigung beim Bürgergeld – Union setzt wesentliche Forderungen durch



Berlin. Es sollte nichts weniger als ein Systemwechsel werden. Ein Systemwechsel weg vom Grundprinzip des Förderns und Forderns hin zu einem bedingungslosen Grundeinkommen. Fast keine Sanktionen innerhalb der sechsmonatigen „Vertrauenszeit“, Anhebung des Schonvermögens von 15.000 Euro auf 60.000 Euro pro Leistungsbezieher (plus 30.000 für jedes weitere Haushaltsmitglied) für die ersten zwei Jahre sowie keine Überprüfung der Angemessenheit der Wohnung, ebenfalls für die ersten zwei Jahre des Leistungsbezugs. Das mit den Stimmen der Am-

pel-Koalition so im Bundestag verabschiedete Gesetz wurde indes vom Bundesrat gestoppt. Infolge des Vetos der Länder wurde ein Vermittlungsausschuss einberufen, der Ende November einen Kompromiss erzielte und bei welchem die Union zentrale Forderungen durchsetzen konnte. So wird die von der Ampel angestrebte fast vollständig sanktionslose Vertrauenszeit von sechs Monaten gestrichen. Zudem wurde das Schonvermögen deutlich reduziert: Anstatt der von der Ampel beschlossenen 60.000 Euro liegt die Vermögensfreigrenze nun bei 40.000

Euro (für jede weitere Person im Haushalt bei 15.000). Vertreter von CDU und CSU freuen sich über ihren Verhandlungserfolg. Man habe einen Systemwechsel hin zu einem bedingungslosen Grundeinkommen verhindern können, heißt es vonseiten der Fraktion. Ziel der Union sei es, Menschen schnell wieder in Arbeit zu bringen. Zugleich sei es angesichts der Preissteigerung aber auch dringend erforderlich, dass die Regelsätze in der Grundsicherung zum 1. Januar 2023 deutlich angehoben würden.

Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Haushaltspolitikerin Dr. Silke Launert begrüßt die Einigung. Zum Glück seien die Länder, zum Teil auch mit grüner Beteiligung, näher an den Menschen und hätten das von der Ampel beschlossene Gesetz abgelehnt. Durch den Vermittlungsausschuss habe man nun einen Kompromiss gefunden, der das Schlimmste verhindere. Das Signal in dieser Zeit müsse sein, Ärmel hochzukrempeln und anzupacken. Klar müsse zudem sein, dass sich Mehrarbeit lohne, so die CSU-Politikerin.

Bundshaushalt 2023 – Ampel beschließt Rekordschulden



Berlin. 476 Milliarden Euro – auf diese Summe belaufen sich die offiziellen Schulden, welche die Ampel-Koalition in ihrem Ende November verabschiedeten Haushaltsgesetz für das Jahr 2023 aufführt. SPD, Grüne und FDP reizen dabei mit 45,6 Milliarden Euro die Schuldenobergrenze vollständig aus. Damit aber nicht genug: Zu den fast 500 Milliarden Euro Schulden kommen weitere 200 Milliarden Euro, die in Sondervermögen fließen, hinzu – jenseits des offiziellen Haushalts. „Die Ampel regiert mit Schulden statt Schwerpunkten und verschuldet Deutschland in Rekordhöhe“, kritisiert die CSU im Bundestag das Haushaltsgesetz. Wenn jeder private Haushalt in der Krise sparen und priorisieren müsse, dann müsse das auch für den Bund gelten, führt die Unionsfraktion weiter aus. „Solide Haushaltspolitik ist eine Frage der Generationengerechtigkeit und des Respekts gegenüber dem Steuerzahler“, so die unmissverständlichen Worte Richtung SPD, Grüne und FDP.

Die Kritik der größten Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag richtete sich in der Generaldebatte insbesondere auch gegen den Verteidigungsetat. Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz kritisierte, dass im Rahmen des Sondervermögens für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro bislang kein einziger Beschaffungsauftrag erteilt worden sei. Und von dem Versprechen, den Verteidigungsetat jährlich um mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, sei ebenfalls nichts zu spüren. Im nächsten Jahr sinke der Wehretat sogar um fast 300 Millionen Euro. „Das ist ein grober Wortbruch“, so Merz.

Union legt eigenes Wachstumspaket vor

Dem Haushaltsgesetz der Regierungskoalition hatte die Union ein eigenes angebotsorientiertes Wachstumspaket ohne neue Schulden gegenübergestellt. Dieses sieht unter anderem eine Begrenzung der steuerlichen Gesamtbelastung der Unternehmen auf 25 Prozent (durch Absenkung des Körperschaftsteuersatzes und die Erweiterung für Personenunternehmen) vor. Hiermit, so die Union, würden Unternehmen um 15 Milliarden Euro entlastet. Dem Fachkräftemangel wollen CDU und CSU mit einem 421 Millionen Euro starken Maßnahmenbündel entgegenwirken, insbesondere im Rahmen der beruflichen Bildung, einer Werbeoffensive für Handwerksberufe und einem Digitalpakt für berufliche Bildung. Zudem fordert die Fraktion eine Aufstockung des Verteidigungsetats und höhere Ausgaben aus dem Sondervermögen von insgesamt 16 Milliarden Euro sowie zusätzliche Mittel für den Zivil- und Katastrophenschutz von mehr als 580 Millionen Euro. Die Flutkatastrophen im letzten Jahr hätten eindrücklich gezeigt, dass Deutschland in den Katastrophenschutz investieren müsse, damit dieser gut ausgerüstet sei und im Notfall schnell handeln könne. Ferner soll der ländliche Raum nach den Plänen der Union stärker gefördert werden, unter anderem mit einer Erhöhung der Pendlerpauschale ab dem 1. Kilometer.

„Ursachenbekämpfung anstatt nur Symptombehandlung“

In ihrer Rede zum Etat des Bundesarbeitsministeriums kritisierte auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Haushaltspolitikerin Dr. Silke Launert das Haushaltsgesetz der Ampel. Die Schuldenobergrenze werde bis an die Grenze ausgereizt und das in einer Situation, in welcher jeder Bürger, jeder Haushalt, jedes Unternehmen sparen müsse. In Bezug auf die Hilfspakete zur Abmilderung der hohen Energiekosten stellte Launert heraus, dass diese nur eine Überbrückung sein könnten. **„Wir können auf Dauer nicht einfach nur ganz große Milliardenbeträge in den Raum stellen und glauben, dass das Problem gelöst ist“.** Die Ursachen müssten bekämpft, nicht nur die Symptome behandelt werden, so die CSU-Politikerin weiter. Um dies zu erreichen, müsse das Energieangebot erhöht werden und zwar ideologiefrei. Im Hinblick auf das Bürgergeld führte Launert aus, dass in sämtlichen Bereichen händeringend Leute gesucht würden, sei es in der Gastronomie, im Handwerk, im Verkauf oder im Bereich der Pflege. Man müsse daher jetzt mehr anstatt weniger Anreize schaffen und damit zeigen, dass mehr Arbeit sich lohne. Das von der Ampel durch den Bundestag gebrachte Bürgergeld sei insoweit ein völlig falsches Signal. Zum Glück hätten die unionsregierten Länder das Gesetz gestoppt und das Schlimmste verhindert. Dass ein inflationsbedingter Ausgleich für Hartz IV-Empfänger komme, sei hingegen völlig richtig. Klar müsse aber auch sein, dass es beim Grundsatz „Fördern und Fördern“ bleiben müsse.

Bundestag beschließt Fortschreibung des Gute-Kita-Gesetzes – Union fordert Fortsetzung des Bundesförderprogramms „Sprach-Kitas“



Berlin. Das 2019 in Kraft getretene Gute-Kita-Gesetz zur Verbesserung der Qualität in Kindertagesstätten und Kindertageseinrichtungen wird fortgeschrieben. Dies beschloss Anfang Dezember der Deutsche Bundestag. Das Gesetz wird jedoch an einigen Punkten abgeändert. So müssen künftig mehr als 50 Prozent der vom Bund bereitgestellten Gelder auf priorisierte qualitative Maßnahmen verwendet werden. Hierzu zählen etwa die Stärkung des Fachkräfteschlüssels oder die Fachkräftegewinnung. Begonnene Maßnahmen aus nicht-priorisierten Handlungsfeldern können bis Mitte 2023 fortgeführt werden. Insgesamt stellt der Bund den Ländern in den Jahren 2023 und 2024 rund zwei Milliarden Euro jährlich zur Verfügung.

Im Rahmen der Debatte um die Fortschreibung des Gute-Kita-Gesetzes erneuerte die Union ihre Forderung, das äußerst erfolgreiche Bundesförderprogramm „Sprach-Kitas – Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ unbedingt fortzusetzen. Der frühkindlichen Sprachförderung müsse weiterhin hohe politische Priorität eingeräumt werden, begründen CDU und CSU ihre Position. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert dringt auf eine Fortführung der Bundesförderung:

„Jedes Kind sollte von Beginn an Zugang zu guten Bildungsangeboten haben. Gerade jetzt, da die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die sprachliche Entwicklung deutlich zutage treten und vor dem Hintergrund, dass viele ukrainische Kinder bei uns sind, ist die ablehnende Haltung der Ampel absolut unverständlich.“

Union fordert mehr Unterstützung für die Kultur- und Kreativwirtschaft



Berlin. Mit 1,8 Millionen Beschäftigten und einem jährlichen Umsatz von 160 Milliarden Euro gehört die Kultur- und Kreativwirtschaft mit zu den wichtigsten Wirtschaftsbranchen in Deutschland. Die vergangenen drei Jahre haben der Branche allerdings schwer zugesetzt: Die Nachwirkungen der Corona-Pandemie sind nach wie vor ganz erheblich zu spüren, die steigenden Energiepreise belasten sie zusätzlich. Angesichts dieser äußerst schwierigen Gesamtsituation ist davon auszugehen, dass es im laufenden Jahr voraussichtlich zu Umsatzeinbrüchen im Bereich Darstellende Künste von über 70 Prozent, in der Musikwirtschaft von über 60 Prozent und in der Filmwirtschaft von über 30 Prozent kommen wird. Vor diesem Hintergrund fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, unverzüglich den im Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP angekündigten Ansprechpartner für die Kultur- und Kreativwirtschaft in der Regierung zu benennen. Trotz mehrfacher Ankündigungen sei dies bislang nicht geschehen, kritisieren CDU und CSU. Dabei sei in dieser Notlage ein Austausch zwischen der Kreativwirtschaft und den Verantwortlichen in der Bundesregierung zwingend geboten und unentbehrlich. Ferner dringt die Union auf die Einrichtung eines Runden Tisches mit der Veranstaltungs- und der Kreativwirtschaft, um Lösungen zur Überwindung der Folgen des dritten Corona-Pandemiejahres und der Energiekrise zu erarbeiten. Dem Haushaltsausschuss und dem Kulturausschuss des Bundestages sei zudem offenzulegen, wie viel Mittel aus dem Sonderfonds für Kulturveranstaltungen bislang nicht abgeflossen sind. Diese Restmittel sollen den bisherigen Antragsstellern weiterhin zur Verfügung gestellt und die Kriterien für die Mittelvergabe passgenauer, einfacher und bedarfsgerechter ausgestaltet werden.

Deutlicher Stellenaufwuchs in den Bundesministerien und nachgeordneten Behörden – Silke Launert: „Verantwortungsvolle Haushaltspolitik sieht anders aus!“

Berlin. Der Bundeshaushalt für das Jahr 2023, welcher Ende November mit den Stimmen der Ampel-Koalition verabschiedet wurde, sieht einen deutlichen Stellenaufwuchs bei den Bundesministerien und ihren nachgeordneten Behörden vor. Insgesamt beläuft sich der Aufwuchs auf 4.769 weitere Stellen. Seit ihrem Amtsantritt hat die Ampel-Regierung damit insgesamt 10.356 zusätzliche Stellen geschaffen. Zwar sollen aufgrund der im Haushaltsplan vorgesehenen pauschalen Streichungen von 1,5 bis 1,6 Prozent im nächsten Jahr rund 3.100 Stellen wegfallen, dennoch reißt die Kritik an den Plänen von SPD, Grünen und FDP nicht ab. Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Haushaltspolitikerin Dr. Silke Launert findet hierzu klare Worte: „**Ausgerechnet in einer Zeit, in welcher die Menschen an allen Ecken und Enden sparen müssen, in denen Unternehmen um ihre Existenz bangen und in der die Prioritätensetzung im Haushalt wichtiger denn je ist, bläht die Ampel-Regierung ihre Ministerien und nachgeordneten Behörden immer weiter auf. Damit zeigen SPD, Grüne und FDP einmal mehr, dass sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt haben. Verantwortungsvolle Haushaltspolitik sieht anders aus!**“



Bundestag beschließt Chancen-Aufenthaltsrecht – Silke Launert: Migrationspolitischer Irrweg!

Berlin. Der Deutsche Bundestag hat Anfang Dezember in namentlicher Abstimmung mit den Stimmen der Ampel-Koalition das sogenannte „Chancen-Aufenthaltsrecht“ beschlossen. Das 18-monatige Chancen-Aufenthaltsrecht sollen Ausländer erhalten, die am 31. Oktober 2022 seit mindestens fünf Jahren geduldet, gestattet oder mit einer Aufenthaltserlaubnis in Deutschland gelebt haben. Innerhalb dieser achtzehn Monate sollen sie die Möglichkeit bekommen, die in den vergangenen fünf Jahren bislang nicht erfüllten Voraussetzungen für ein Bleiberecht in Deutschland vorzuweisen. Hierzu zählen insbesondere der Identitätsnachweis, die Sicherung des Lebensunterhalts und Kenntnisse der deutschen Sprache. Voraussetzung für das Aufenthaltsrecht ist ferner, dass der Betroffene sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und zur Rechts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennt, keine Verurteilung wegen einer erheblichen vorsätzlichen Straftat vorzuweisen sowie die eigene Abschiebung nicht durch wiederholte Falschangaben verhindert hat.

Darüber hinaus sollen der Neuregelung nach gut integrierte Jugendliche und Heranwach-

sende unter 27 bereits nach drei Jahren Aufenthalt in Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Bislang galt die entsprechende Norm nur für unter 21-Jährige. Zudem wurde bisher ein vierjähriger Aufenthalt vorausgesetzt. Besondere Integrationsleistungen von Geduldeten sollen nach dem Beschluss der Ampel darüber hinaus gewürdigt werden, indem die Voraufenthaltszeiten um jeweils zwei Jahre reduziert werden und ihnen damit künftig bereits nach sechs Jahren – oder schon nach vier Jahren bei Zusammenleben mit minderjährigen Kindern – ein Bleiberecht eröffnet wird. Massive Kritik erntet das Gesetz vonseiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Das Chancen-Aufenthaltsrecht führe die sinnvolle Systematik des Aufenthaltsrechts ad absurdum, belohne die Falschen und setze fatale Fehlanreize. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Innenpolitikerin Dr. Silke Launert kritisierte die Gesetzesänderung mit deutlichen Worten. „Neustart“ in der Migrationspolitik, „modernes Einwanderungsrecht“, „Integrationspolitik der Zukunft“ – das klinge gut, sei es aber nicht, so die CSU-Politikerin. Denn mit ihrem sogenannten Chancen-Aufenthaltsrecht belohne die Ampel-Koalition all diejenigen mit einem Aufenthaltsrecht, die

bislang ihre Mitwirkung an der Klärung ihrer Identität verweigert hätten oder sogar aktiv über ihre Identität getäuscht hätten. Das Gesetz sei damit letztlich nichts anderes als ein „Amnestiegesetz“, resümierte Launert in ihrer Plenarrede. Insbesondere mit der Ausweitung der Altersgrenze bei „gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden“ würden SPD, Grüne und FDP völlig falsche Anreize setzen. All das werde Auswirkungen haben, und das gerade in der aktuellen Zeit, wo die Bürgermeister und Landräte nicht wüssten, wie sie die Asylsuchenden unterbringen sollen. „Verantwortung heißt: Humanität, aber auch mit Ressourcen vernünftig umgehen.“ Nur so könne man auch denjenigen helfen, die wirklich Hilfe bräuchten, betonte die Bayreuther Abgeordnete am Ende ihrer Rede.

Union fordert entschlossenerer Unterstützung der iranischen Protestbewegung

Berlin. Seit Monaten finden im Iran nun schon Demonstrationen statt. Ausgelöst wurden die Proteste, die sich zunächst auf Frauenrechte fokussierten, nun aber auch das politische System der islamischen Republik insgesamt infrage stellen, durch den Tod der jungen Iranerin Mahsa „Jina“ Amini in Polizeigewahrsam. Wie verschiedene Menschenrechtsgruppen berichten, soll es bisher schon über 400 Tote und mehrere tausend Verletzte gegeben haben. Auch Frauen und Kinder sollen sich unter den Opfern befinden. Mittlerweile kam es sogar zur Verhängung und öffentlichen Vollstreckung von Todesurteilen gegen Demonstranten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion forderte die Bundesregierung im Dezember dazu auf, sich stärker dafür einzusetzen, die Protestbewegung entschlossen zu unterstützen. Hierfür sollten unter anderem die EU-Sanktionen gegen Akteure der iranischen Regierung, die aktiv die Rechte der Frauenbewegung unterdrücken, ausgeweitet werden. Insgesamt dauere der EU-Sanktionsprozess zu lange, so die Union. Darüber hinaus fordert die Fraktion die EU-Listung der iranischen Revolutionsgarden (IRGC) als terroristische Vereinigung sowie die Neubewertung des Joint Comprehensive Plan of Action und der deutschen Iran-Politik.

Das Abkommen sei faktisch gescheitert, der Iran schreite mit der Anreicherung von waffenfähigem Uran voran. Deutschland müsse nun proaktiv mit anderen Partnern eine Neubewertung vorantreiben, die zu einem Ende des „JCPOAs“ führe könne. Zudem solle die Protestbewegung auch durch sichere Kommunikationstechnik unterstützt werden.



Bundesinnenministerin will Hürden für Einbürgerung senken

Berlin. Bundesinnenministerin Nancy Faeser will die Hürden für Einbürgerungen in Deutschland senken. So soll ein Kind ausländischer Eltern, das in Deutschland geboren wurde, automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, sofern ein Elternteil seit mindestens fünf Jahren „seinen rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalt“ in Deutschland hat. Zudem soll die derzeit vorausgesetzte achtjährige Mindestvoraufenthaltsdauer bis zur Einbürgerung von Ausländern auf fünf Jahre reduziert werden. „Bei besonderen Integrationsleistungen“ soll eine Einbürgerung bereits nach drei Jahren möglich sein. Darüber hinaus sollen Eingebürgerte künftig ihre alte Nationalität behalten dürfen. Bei Personen über 67 Jahre soll ferner das Erfordernis der Sprachkenntnisse abgesenkt werden. Ausreichend sein soll dann lediglich die Fähigkeit zur „mündlichen Verständigung“.

Auf Seiten der Union stoßen die Pläne der Innenministerin auf deutliche Ablehnung. Es sei gut und richtig, dass Einwanderer, die längere Zeit in Deutschland lebten, die deutsche Staatsangehörigkeit erlangen wollten. Allerdings stehe die Einbürgerung am Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses und nicht am Anfang. Sollte der Pass demnächst auch ohne besondere Integrationsanforderungen schon nach lediglich fünf Jahren erhältlich sein, sinke der Anreiz, über den Pass hinaus auch Teil der Gesellschaft zu werden, argumentieren CDU und CSU.

Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Innenpolitikerin Dr. Silke Launert lehnt die Pläne der Innenministerin ab: „Eine nachhaltige Integration muss auch weiterhin unabdingbare Voraussetzung für den Erhalt der deutschen Staatsangehörigkeit sein. Die Mindesdauer zu reduzieren und den Erhalt der Staatsangehörigkeit sogar nach nur drei Jahren zu ermöglichen, führt zu einer Beliebigkeit, welche völlig falsche Anreize setzt und ein absolut verkehrtes Signal aussendet.“ Integrationsanreize müssten auch in Zukunft erhalten bleiben, so die Abgeordnete.



Schnellere Asylverfahren – Union bezweifelt Wirkung des Ampel-Gesetzes

Berlin. Asylverfahren beschleunigen – so lautet das Ziel eines von der Ampel-Koalition vorgelegten und mit ihren Stimmen Anfang Dezember verabschiedeten Gesetzespakets. Kernelemente des Pakets sind die Vereinheitlichung der asylrechtlichen Rechtsprechung, die Streichung der Regelüberprüfung von Asylbescheiden, die Schaffung von Rechtsgrundlagen zur Durchführung von Anhörungen per Videoübertragung sowie die Erleichterung von asylgerichtlichen Entscheidungen im schriftlichen Verfahren. Zudem soll eine verstärkte Befassung des Bundesverwaltungsgerichts mit grundsätzlichen Fragen dazu führen, dass die Gerichte der unteren Instanzen entlastet und verlässliche Prüfungsmaßstäbe für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) geschaffen werden.

In dem Paket enthalten ist ferner die Einführung einer behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung, welche die „Effizienz von Asylverfahren durch gut informierte Asylsuchende erhöhen und die Qualität der behördlichen Entscheidungen verbessern“ soll. Durch den behördenunabhängigen Charakter der Asylverfahrensbereitung solle zugleich die Akzeptanz der Asylentscheidungen gesteigert werden.

Eine Argumentation, welche die Union nicht nachvollziehen kann. Das Bamf habe bisher hervorragend über Verfahrensabläufe informiert. In der Schaffung einer behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung stecke die Mutmaßung, die Mitarbeitenden der Behörde hätten ein Interesse daran, Antragstellende nicht vollumfänglich zu informieren und hierdurch Asylanträge nicht unbedingt positiv voranzutreiben, selbst wenn tatsächlich Fluchtgründe vorlägen.

Zudem bezweifelt die Union den Beschleunigungseffekt der Regelungen. Beschleunigend wirkten die Videoanhörung und die digitale Möglichkeit der Übersetzung. Bei der Tatsacheninstanz sei dies indes fraglich, da selbst wenn das Bundesverwaltungsgericht Vorgaben mache, stets der Einzelfall zu überprüfen sei und die unteren Instanzen letztendlich nicht gebunden seien.

Asylpolitik: Union fordert geregeltes Verfahren zur Einstufung sicherer Herkunftsstaaten



Berlin. Die Zahl der Asylanträge steigt. Allein bis zum Ende dieses Jahr werden rund 200.000 Anträge erwartet. Darunter seien immer noch viele, die von vornherein nur sehr geringe Erfolgsaussichten hätten, so die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und fordert die Bundesregierung dazu auf, für die Zukunft ein regelmäßiges und geordnetes Verfahren zur Einstufung sicherer Herkunftsstaaten im Asylrecht einzuführen. Die Union verweist in diesem Zusammenhang auf das nationale und europäische Recht, das die Möglichkeit zur Einstufung von Staaten als sichere Herkunftsstaaten vorsieht. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist Voraussetzung für eine Einstufung als sichere

Herkunftsstaat, dass die Bundesregierung sich anhand von Rechtslage, Rechtsanwendung und allgemeinen politischen Verhältnissen ein Gesamturteil über die für eine Verfolgung bedeutsamen Verhältnisse in diesen Staaten bildet. Dabei ist die Höhe der Anerkennungsquoten über mehrere Jahre ein Kriterium, das nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Prüfung einer Einstufung herangezogen werden kann. Nicht zuletzt die Einstufung der Westbalkanstaaten als sichere Herkunftsstaaten hätte in der Vergangenheit unter Beweis gestellt, dass dieses Instrument zu einer Senkung der Antragszahlen und einer Beschleunigung der Asylverfahren führe, ohne das individuelle Asylrecht zu beschneiden. So sei etwa die Zahl der Asylanträge aus Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien von 2015 bis 2017 um 75 Prozent gesunken.

Anfang 2019 hatte der Deutsche Bundestag zudem beschlossen, Georgien, Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten einzustufen. Allerdings scheiterte das Gesetz am Widerstand der Grünen im Bundesrat. Die Union fordert von der Bundesregierung, auf die Bundesländer einzuwirken, damit diese der beschlossenen Einstufung als sichere Herkunftsländer nach mehr als drei Jahren zustimmen. Die Prüfung und Entscheidung einer großen Zahl offensichtlich unbegründeter Anträge bedeute eine erhebliche personelle und finanzielle Belastung für Bund, Länder und Kommunen und gehe im Ergebnis auch zu Lasten der tatsächlich schutzbedürftigen Asylsuchenden, da für sie weniger Kapazitäten zur Verfügung stünden, argumentieren CDU und CSU.

Union fordert mehr Unterstützung für die Bundespolizei



Berlin. 54.000 Bundespolizistinnen und Bundespolizisten sorgen tagtäglich, rund um die Uhr, 365 Tage im Jahr dafür, dass die innere Sicherheit Deutschlands gewährleistet ist. Die Aufgaben, welche sie im Rahmen ihrer Einsätze zu bewältigen haben, sind immens: Sie schützen die Land- und Seegrenzen, sichern rund 33.000 Kilometer Bahngleise und etwa 5.700 Bahnhöfe und sorgen an 13 großen deutschen Flughäfen für die Sicherheit des Luftverkehrs. Darüber hinaus bewachen sie Verfassungsorgane und Bundesministerien, greifen den Länderpolizeien bei Großeinsätzen unter die Arme und werden im Kampf gegen Schleusungskriminalität sowie banden- und gewerbsmäßige Eigentumsdelikte eingesetzt.

Damit die Bundespolizei auch weiterhin ihre Aufgaben bestmöglich erfüllen kann, muss sie weiter gestärkt werden, fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Zur Erfüllung ihres wichtigen Auftrags benötige die Bundespolizei dabei vor allem drei Dinge: Ausreichend Personal, das angemessen bezahlt werde, eine moderne Ausstattung und zeitgemäße Handlungsbefugnisse. Hierfür, so CDU und CSU, müssten die notwendigen Mittel im Bundeshaushalt bereitgestellt werden. Hingegen verzichten sollte die Bundesregierung auf ideologisch motivierte Maßnahmen, die Ausdruck von Misstrauen gegenüber der Bundespolizei sind, wie etwa eine Kennzeichnungspflicht, z.B. durch die Nummerierung von Polizeibeamtinnen und -beamten im Einsatz oder etwa durch die von der Ampel geplante Schaffung des neuen Postens eines „Polizeibeauftragten“.

Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Innenpolitikerin Dr. Silke Launert fordert die Ampel dazu auf, den Bundespolizistinnen und -polizisten, welche ihre Gesundheit für die Sicherheit des Landes einsetzen, mehr Vertrauen entgegenzubringen. Die vergangene unionsgeführte Bundesregierung habe massiv in die Bundespolizei investiert. Rund 8.300 neue Stellen habe die Vorgängerregierung geschaffen. Des Weiteren seien unter ihr eine Besoldungserhöhung von zehn Prozent, eine Erhöhung der Polizeizulage um 40 Prozent und eine Anhebung des Einstiegsgehalts für Polizeianwärter beschlossen worden. „Unser Signal war: Wir stehen an eurer Seite! Wir unterstützen euch! Und vor allem: Wir vertrauen euch!“, so Launert. Die bereits verabschiedeten beziehungsweise geplanten Maßnahmen von SPD, Grünen und FDP, wie etwa Personalkürzungen im Bereich der Bundespolizeiverwaltung von 1,5 Prozent, Sachmittelkürzungen, eine geplante Kennzeichnungspflicht für Bundespolizeibeamte sowie die Pläne zur Ernennung eines Polizeibeauftragten, seien hingegen das Gegenteil von Wertschätzung. Launerts Appell am Ende ihrer Rede war entsprechend deutlich formuliert: „Schenken Sie Vertrauen all denjenigen, die unsere Sicherheit gewährleisten, die auch für Sie jeden Tag und jede Nacht ihren Dienst tun! Sie haben es verdient!“

EU-Beitrittsperspektive für Westbalkan-Staaten

Berlin. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert in einem von ihr Mitte Dezember eingebrachten Antrag die Bundesregierung dazu auf, auf EU-Ebene zu erreichen, dass die EU-Beitrittsperspektive für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien „alsbald unzweideutig, glaubhaft und mit greifbaren Fortschritten untermauert wird“. Darüber hinaus sollten mit den Kandidatenländern auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft Zwischenschritte der engeren Anbindung an die EU vereinbart werden, etwa eine assoziierte Mitgliedschaft in der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ohne Stimmrecht und einen Weg zum Beitritt in den EU-Binnenmarkt im Gegenzug für Reformen und der Umsetzung der Kopenhagener Kriterien und Fortschritten bei der Rechtsstaatlichkeit.

CDU und CSU führen in ihrem Antrag weiter aus, dass der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine die Verletzlichkeit von Grenzen im Herzen Europas ebenso deutlich vor Augen geführt habe, wie die Tatsache, dass gefrorene oder vermeintlich räumlich begrenzte Konflikte schnell eskalieren und sich ausbreiten können. Solche Konflikte gefährdeten die Stabilitäts- und Friedensinteressen der EU. Es liege im ureigenen Interesse der EU, dass die sechs Staaten des westlichen Balkans – Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien, die noch nicht Mitglied der EU, aber nur von EU-Mitgliedstaaten direkt umgeben seien, langfristig und nachhaltig zu Stabilität, Rechtsstaatlichkeit, friedlicher Streitbeilegung, gefestigten demokratischen Strukturen und wirtschaftlichem Wohlstand gelangten.

Änderung der steuerlichen Bewertung von Immobilien und Grundstücken – Union: „Steuererhöhung durch die Hintertür!“



Berlin. Mit der Verabschiedung des Jahressteuergesetzes 2022 hat die Ampel-Koalition Anfang Dezember zugleich eine Änderung der steuerlichen Bewertung von Immobilien und Grundstücken zum Jahreswechsel beschlossen. Als „Steuererhöhungen durch die Hintertür“ bezeichnen CDU und CSU diesen Beschluss. Indem die Ampel es versäumt habe, zugleich die Freibeträge bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer anzupassen, drohe in vielen Fällen nun eine höhere Erbschafts- und Schenkungssteuer. Betroffen von der Änderung sind sowohl Wohnungen und Häuser als auch Grundstücke. „Wir wollen (...), dass das Elternhaus in der Familie weiterhin steuerfrei vererbt werden kann“, so die Christdemokraten und Christsozialen. Hierzu bedürfe es aufgrund der Verteuerung von Immobilien einer substanziellen Erhöhung der Freibeträge im Rahmen der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Zusätzlich dringt die Union auf eine Regionalisierung der Freibeträge, um örtlichen Unterschieden in der Wertentwicklung gerecht zu werden.

Bundestag beschließt Streichung der Hinzuverdienstgrenzen bei Frühverrentung

Berlin. Um ältere Fachkräfte länger im Erwerbsleben zu halten, hat der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Ampel-Fraktionen und der Unionsfraktion die vollständige Streichung der Hinzuverdienstgrenzen bei Frühverrentungen beschlossen. Zudem wurden die Hinzuverdienstgrenzen bei Erwerbsminderungsrenten angepasst. Anstelle der bislang im Fall der Erwerbsminderungsrente bestehenden Obergrenze von 6.300 Euro gilt künftig eine kalenderjährliche Hinzuverdienstgrenze von 17.272,50 Euro im Jahr 2022. CDU und CSU begrüßen die Änderungen. Durch die damit einhergehende Flexibilität beim Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand könne ein Beitrag geleistet werden, um dem Arbeits- und Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Bundestag beschließt Erhöhung des Wohngeldes



Berlin. Haushalte mit niedrigem Einkommen sollen ab dem 1. Januar 2023 eine höhere Unterstützung bei steigenden Wohnkosten erhalten. Das entsprechende Gesetz hierzu verabschiedete der Deutsche Bundestag Ende November. Kernbestandteile der Wohngeldreform sind dabei die Anpassung der Berechnungsformel für das Wohngeld, um mehr Haushalte in den Wohngeldanspruch einzubeziehen, die Einführung einer dauerhaften Heizkomponente, welche als Zuschlag auf die zu berücksichtigende Miete oder Belastung in die Wohngeldberechnung einfließen soll sowie die Etablierung einer Klimakomponente. Statt wie bisher rund 600.000 Haushalte sollen durch diese Neuregelungen etwa zwei Millionen Haushalte Wohngeld erhalten. Ferner soll sich der Wohngeldbetrag von durchschnittlich 180 Euro pro Monat auf rund 370 Euro pro Monat erhöhen.

„Gut gemeint, aber schlecht gemacht“, heißt es jedoch vonseiten der Union. Es sei absolut richtig, die Menschen in der Krise bei den Wohnkosten zu unterstützen. Allerdings komme die Wohngeldreform viel zu spät und sei darüber hinaus handwerklich schlecht gemacht. CDU und CSU hatten bereits im Frühjahr eine Ausweitung des Wohngeldes und einen dauerhaften Heizkostenzuschuss gefordert. Diese Forderungen wurden hingegen vonseiten der Ampelkoalition abgelehnt.

Auch vonseiten der Kommunen wird die Reform kritisiert. Die Wohngeldstellen seien bereits jetzt vollkommen überlastet. Es fehle die entsprechende Software und vor allem das erforderliche Personal, um die Anträge zügig zu bearbeiten. Bis zu zwölf Monate dauere bereits jetzt die Prüfung eines Wohngeldantrages, führt die Union hierzu aus. Die Fraktion hatte im parlamentarischen Verfahren vorgeschlagen, das Berechnungsverfahren radikal zu vereinfachen. Bislang müssen die Wohngeldstellen mehr als 30 Punkte prüfen. Dieser Vorschlag wurde jedoch ebenfalls von der Ampel abgelehnt.

„Straftaten sind keine Form demokratischer Meinungsäußerung“ - Union fordert härtere Strafen für Straßenblockierer und Museumsrandalierer



Berlin. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert eine härtere Bestrafung von Straßenblockierern und Museumsrandalierern. Was als friedliche Demonstrationen begonnen habe, habe sich in Teilen der Klimabewegung in den vergangenen Wochen und Monaten zu einem radikalen und aggressivem Protest gewandelt, begründet die Union ihren zugehörigen Antrag. Dieser Protest nutze in Form von Straßenblockaden kriminelle Mittel und gefährde dabei auch Leib und Leben von Menschen. Rettungskräfte würden durch Straßenblockaden bei der Bergung von Verletzten behindert, argumentiert die Fraktion weiter und verweist darauf, dass seit Februar allein nach Angaben des Berliner Senats bereits 18 Rettungsfahrzeuge im Einsatz behindert worden sind. Zudem sei die Polizei gezwungen gewesen, aufgrund der Blockaden 130.000 zusätzliche Einsatzstunden zu leisten.

Vor diesem Hintergrund fordern CDU und CSU zum einen, dass die Behinderung von Rettungskräften durch Straßenblockaden künftig mit einer Mindeststrafe von drei Monaten Freiheitsentzug bestraft wird und zum anderen, dass die Beschädigung oder Zerstörung von Gegenständen von besonderem kunsthistorischem Wert ebenfalls mit einer Mindeststrafe von drei Monaten Freiheitsentzug sanktioniert werden.

Kleine Apotheken in der Krise



Berlin/Bayreuth. „Ich liebe meinen Beruf, aber aufgrund der aktuellen Situation mache ich mir schon Gedanken aus der Selbstständigkeit herauszugehen und als Angestellte zu arbeiten.“ Es sind eindrucksvolle Worte, mit welchen eine Apothekerin aus Bayreuths Umgebung ihre aktuelle Situation schildert. Die steigenden Energie- und Arzneimittelkosten, der Fachkräftemangel und nun auch noch das neue von der Ampel-Koalition in Berlin beschlossene GKV-Stabilisierungsgesetz – all das bringt viele kleine Apotheken an ihre Grenzen. Allein die jüngste gesetzliche Neuregelung zieht eine erhebliche Mehrbelastung nach sich. Diese sieht vor, dass der Abschlag, welchen die Apotheken der gesetzlichen Krankenversicherung für rezeptpflichtige Arzneimittel einräumen müssen, von 1,77 Euro auf 2 Euro steigt. Gerade die kleineren Apotheken vor Ort sind jedoch auf den Verkauf verschreibungspflichtiger Medikamente angewiesen und bekommen daher diese Steigerung ganz besonders zu spüren.

Sie habe zahlreiche Zuschriften von Apothekerinnen und Apothekern aus dem Wahlkreis erhalten, welche die Neuregelung kritisieren und auf die allgemein schwierige Gesamtlage hinweisen würden, so die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert. Um sich einen genaueren Überblick über die Situation zu verschaffen, lud die Abgeordnete betroffene Apothekerinnen und Apotheker im November zu einer Videokonferenz ein.

Das GKV-Stabilisierungsgesetz sei leider schon von SPD, Grünen und FDP im Bundestag beschlossen worden, sodass man an diesem Punkt zeitnah leider nichts ändern könne. Gerade die Union wolle aber für die Bevölkerung auf dem Land etwas tun. Und für die Menschen in diesen Regionen seien die kleineren Apotheken ohne Zweifel von enormer Bedeutung, so Launert.

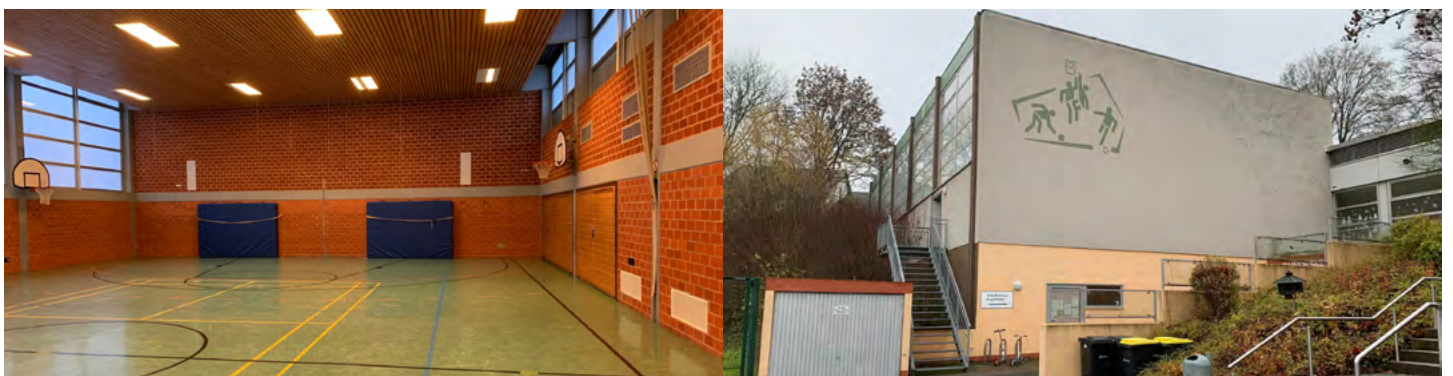
Die Teilnehmer wiesen die CSU-Abgeordnete insbesondere auf die gestiegene Arbeitsbelastung hin. Seit Ausbruch der Pandemie seien zahlreiche zusätzliche Aufgaben auf Apotheker zugekommen, darunter die Verabreichung von Impfungen oder auch das Ausstellen von Impf- und Genesenennachweisen. Angesichts des fortschreitenden Fachkräftemangels sei das Arbeitspensum so hoch, dass nicht wenige ans Aufhören denken würden. Die Selbstständigkeit sei für viele mittlerweile abschreckend. Neben der steigenden Arbeitsbelastung würden aber auch die sinkenden Verdienstmöglichkeiten potentielle Nachfolger von der Übernahme abhalten. Dabei spiele auch eine Rolle, so einer der Gesprächsteilnehmer, dass die großen, vor allem Online-Apotheken, die kleinen verdrängen würden. Ferner sei der Bürokratieaufwand immer weiter angestiegen. Um eine spürbare Entschärfung der aktuellen Situation zu erreichen, brauche es neben Bürokratieabbau dringend eine Vergütungsanpassung. Die letzte habe es 2004 gegeben, so die Teilnehmer. Des Weiteren müsse die sogenannte „Nullretax“ bei Formfehlern im Rezept abgeschafft werden. Diese sehe vor, dass in diesen Fällen die Apotheker vollständig auf den Kosten sitzen blieben. Zudem, so ein Teilnehmer, hoffe er, dass in der nächsten Legislaturperiode ein Gesundheitsminister das Amt innehatte, der für die Interessen der Apotheken gegenüber den Krankenkassen streiten würde. Zum Abschluss der Videokonferenz bedankte sich Silke Launert bei den Teilnehmern für ihre Offenheit und versprach, die Verbesserungsvorschläge mit nach Berlin zu nehmen und sich dort für die vorgetragenen Anliegen einzusetzen.

Sporthalle in Heinersreuth: 2,8 Millionen Euro Bundesfördermittel für Ersatzneubau

Berlin/Bayreuth. Große Freude über 2,8 Millionen Euro Bundesmittel für den Ersatzneubau der Sporthalle mit Kegelanlage in Heinersreuth. Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert teilt mit, dass es durch den überparteilichen Einsatz mit dem Bundestagskollegen Andreas Schwarz gelungen ist, eine erhebliche Summe an Bundesmitteln aus dem Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ für den Ersatzneubau in Heinersreuth zu erhalten.

Dr. Silke Launert, die selbst Mitglied des Haushaltsausschusses ist, welcher die Mittel heute freigegeben hat, freut sich mit der Heinersreuther Bürgermeisterin Simone Kirschner besonders, dass es so nun gelungen ist, den verschiedenen Vereinen der Gemeinde Heinersreuth wieder eine Unterkunft zu geben. „Kegelverein, Schützenverein, Kaninchenzüchter, Volkshochschule, VdK und Gesangsverein machen das Gemeindeleben aus und prägen diese. Sie sollen mit dieser Förderung in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit unterstützt werden.“

Das Bundesförderprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ ist Teil eines Zukunftsinvestitionsprogramms der Bundesregierung. Gefördert werden Projekte mit besonderer sozialer und integrativer Wirkung. Insgesamt umfasst das Förderprogramm eine Summe von 457 Mio. Euro.



Flutkatastrophe: Union plädiert für Verlängerung der Antrags- und Bewilligungsfrist bei der Aufbauhilfe

Berlin. An die furchtbaren Bilder des Sommers 2020 werden sich die meisten wohl noch sehr lange erinnern. Reißende Wasserströme, die Menschenleben auslöschten, die ganze Städte dem Erdboden gleichmachten und Existenzen zerstörten. Um den Menschen in den betroffenen Gebieten unter die Arme zu greifen, wurde Mitte 2021 zwar eigens ein Sondervermögen eingerichtet, allerdings zeigt sich nach nun fast eineinhalb Jahren, dass die Frist zur Antragstellung, insbesondere im extrem stark zerstörten Ahrtal, sowohl für Kommunen als auch für Privathaushalte absehbar in vielen Fällen nicht einzuhalten sein wird. Einzelne Kommunen müssten vierstellige Zahlen von Aufbauprojekten bearbeiten und würden dafür noch mehrere Jahre benötigen. Bei Privathaushalten seien häufig noch schwierige offene Fragen zu klären, bevor ein Antrag gestellt werden könne, so die Unionsfraktion. Sie setzt sich daher dafür ein, dass der Bund gemeinsam mit den betroffenen Bundesländern (Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Sachsen) Gespräche mit dem Ziel aufnimmt, die in der Verwaltungsvereinbarung zur Aufbauhilfe 2021 vorgesehenen Fristen für die Antragstellung und Bewilligung der Aufbauhilfe möglichst zügig zu verlängern. Die Fristen sollen für die Antragstellung bis zum 30. Juni 2026 und für die Bewilligung bis zum 30. Juni 2027 verlängert werden, so die Forderung von CDU und CSU.



Längere Regierungsbefragung, kürzere Fragestunde, mehr öffentliche Ausschusssitzungen - Bundestag beschließt Änderung seiner Geschäftsordnung

Berlin. Das Parlament als Ort der Debatte und Gesetzgebung weiter stärken - so lautet das Ziel einer Mitte Dezember verabschiedeten Reform der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. Beschlossen wurde unter anderem eine Verlängerung der Regierungsbefragung von 60 auf 90 Minuten sowie eine Verkürzung der Fragestunde von 90 auf 45 Minuten. Auch in Bezug auf die Öffentlichkeit der Ausschusssitzung wurde eine Änderung auf den Weg gebracht. So tagen die Ausschüsse bislang grundsätzlich nichtöffentlich, wobei sie jedoch beschließen können, für einen bestimmten Verhandlungsgegenstand oder Teile desselben die Öffentlichkeit zuzulassen. Nach der Neuregelung sollen die Ausschüsse in nichtöffentlicher Sitzung beschließen, ob und inwieweit sie öffentlich beraten. Berücksichtigung finden sollen dabei das Interesse der Öffentlichkeit an öffentlichen Sitzungen, die Besonderheit der Beratungsgegenstände und etwaige Erfahrungen mit öffentlichen Sitzungen. Zudem müssen die Ausschüsse in der Tagesordnung von öffentlichen Anhörungen künftig kenntlich machen, auf Vorschlag welcher Fraktionen die einzelnen Sachverständigen geladen wurden. Gesetzentwürfen aus der Mitte des Bundestages muss in Zukunft ferner eine Lesefassung beigefügt werden, welche den aktuell geltenden Wortlaut des Gesetzestextes sowie die beabsichtigten Änderungen mit entsprechenden Hervorhebungen gegenüberstellt (Synopsis), sodass der Leser den geltenden Wortlaut des Gesetzestextes und die geplanten Änderungen direkt miteinander vergleichen kann.

In einem von ihr eingebrachten Antrag hatte die Unionsfraktion gefordert, die regelmäßige Dauer der Regierungsbefragung von 60 auf 120 Minuten zu verdoppeln und auf die bisherige 90-minütige Fragestunde zu verzichten. Anstelle dieser sollten im Plenum künftig dezentrale Ausschussfragestunden abgehalten werden, welche im Internet übertragen werden. Zudem, so fordern CDU und CSU, solle der Bundeskanzler statt wie bisher dreimal im Jahr künftig mindestens einmal im Quartal befragt werden. An jeder Regierungsbefragung sollten mindestens zwei Regierungsmitglieder teilnehmen, so CDU und CSU.

Damit die Regierungsentworten parlamentarisch debattiert werden können, solle im Anschluss auf Antrag eine Aktuelle Stunde stattfinden können. Die vonseiten der größten Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag eingebrachten Vorschläge wurden jedoch von der Ampel-Koalition abgelehnt.

Bundestag würdigt Annemarie Renger und Wolfgang Schäuble

Berlin. Zwei Persönlichkeiten, die aus der Geschichte des Deutschen Bundestages nicht wegzudenken sind: Die frühere Bundestagspräsidentin Dr. Annemarie Renger sowie Dr. Wolfgang Schäuble, welcher das Amt des Bundestagspräsidenten von 2017 bis 2021 bekleidete.

Als erste Frau an der Spitze eines freigewählten Parlaments weltweit habe sie Frauen den Weg in die Politik geebnet, würdigte die jetzige Bundestagspräsidentin Bärbel Bas das Engagement Rengers. Sie habe sich stark für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eingesetzt und zuletzt wichtige Rahmenbedingungen für die Frauen der Bundestagsverwaltung geschaffen, so Bas weiter. Am 13. Dezember vor 50 Jahren trat Renger ihr Amt an. Ebenjener Tag war auch für den damals 30-jährigen Wolfgang Schäuble ein ganz besonderer: Sein erster Tag als Abgeordneter des Deutschen Bundestages. Der „Parlamentarier aus Leidenschaft“ habe die „Geschicke unseres Landes“ in den vergangenen Jahrzehnten geprägt wie wenige zuvor, hob Bas in ihrer Rede hervor.

Schäuble selbst ging in seiner Ansprache auf die Herausforderungen und Krisen ein, mit welchen die Politik in den vergangenen drei Jahrzehnten konfrontiert gewesen ist. Auch wenn sich Geschichte nicht wiederhole, ließen sich aus der distanzierten Betrachtung von Entwicklungen Entscheidungshilfen für Gegenwart und Zukunft gewinnen, so der Christdemokrat. So habe man etwa nach Wladimirs Putins Überfall auf die Ukraine wieder lernen müssen, dass Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Partnerschaft nicht zum Verzicht auf Verteidigungs-, auf Abschreckungsfähigkeit führen dürfe. Auch im Hinblick auf die Demokratie fand Schäuble deutliche Worte und betonte, dass „Demokratie eben eine Zumutung ist und nicht nur ein Supermarkt für Schnäppchenjäger“. Es gebe neben Rechten auch Pflichten und jeder müsse seinen Beitrag für das Gemeinwohl tragen. Trotz all der gegenwärtigen Krisen gebe es aber Grund zur Zuversicht. Das gelte heute genauso wie vor 50 Jahren.



© Deutscher Bundestag / Joerg Carstensen / photothek

Wirtschafts- und Handelsabkommen mit Kanada: Bundestag macht Weg zur Unterzeichnung frei

Berlin. Es hat lang gedauert – aus Sicht der Unionsfraktion sogar ganz erheblich zu lang – aber nun ist es endlich so weit: Die Regierungskoalitionen haben ihre zögerliche Haltung aufgegeben und den Weg für die Unterzeichnung des Wirtschafts- und Handelsabkommens (Ceta) zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits freigemacht. Bereits am 21. September 2017 ist das Wirtschafts- und Handelsabkommen vorläufig in Kraft getreten – allerdings beschränkt auf die Bereiche, die in ausschließlicher Zuständigkeit der EU liegen. Damit Ceta vollständig in Kraft treten kann, muss es noch

von den Parlamenten aller EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden.

Angesichts des zögerlichen Verhaltens der Bundesregierung hatte auch die Unionsfraktion einen eigenen Gesetzentwurf für die Ratifizierung erarbeitet. Kanada sei ein wichtiger strategischer Partner der Europäischen Union. Beide Seiten teilten gemeinsame Wertevorstellungen, Grundüberzeugungen und Interessen. Bereits seit vielen Jahren seien die EU und Kanada durch enge wirtschaftliche und handelspolitische Beziehungen miteinander verbunden, so CDU und CSU. Ceta leiste einen wichtigen

Beitrag zum Ausbau und der Vertiefung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und Kanada, betont die Unionsfraktion. Das Abkommen ermögliche den Abbau von Marktzugangshindernissen und verhindere, dass deutsche und europäische Unternehmen beim Marktzugang in Kanada gegenüber anderen Industrieländern Wettbewerbsnachteile erlitten. Davon könne besonders die exportstarke und breit aufgestellte deutsche Wirtschaft profitieren und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Mehr Tempo für Barrierefreiheit

Berlin. „Menschen mit und ohne Behinderung müssen gemeinschaftlich und selbstbestimmt miteinander leben können.“ Mit diesen Worten fordern CDU und CSU in einem von ihnen in den Deutschen Bundestag eingebrachten Antrag, den Sozialraum auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene noch gezielter inklusiv und barrierefrei zu gestalten. Dabei gehe es um „alle Lebensbereiche“, betont die Union. Betroffen seien etwa die Sektoren Mobilität, Bauen und Wohnen, Gesundheit, Digitalisierung, Katastrophenschutz, aber auch politische Partizipation. Die letzte Bundesregierung habe bereits viele Wegmarken für mehr Barrierefreiheit im Land umgesetzt, darunter das Behindertengleichstellungsgesetz, das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz und die Initiative „Sozialraum Inklusiv“. Nichtsdestotrotz bestehe weiterer Handlungsbedarf. Insbesondere müsse

die amtierende Regierungskoalition das in ihrem Koalitionsvertrag als Vorhaben verankerte Bundesprogramm Barrierefreiheit endlich realisieren, drängt die größte Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag. Darüber hinaus fordern CDU und CSU, vorhandene Förderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), wie das Programm „Altersgerechtes Umbauen“, aufzustocken und neue aufzulegen, unter anderem zur Unterstützung des Umbaus von nicht barrierefreien Arztpraxen und Gesundheitseinrichtungen. Zudem solle ein neues Förderprogramm der Deutschen Bahn aufgelegt werden, mit welchem der Fernverkehr-Fuhrpark barrierefrei gestaltet werden soll.



Deutscher Bundestag erkennt Holodomor als Völkermord an

Berlin. Über drei Millionen Menschen fielen in den Jahren 1932/1933 dem Hungertod zum Opfer. Verantwortlich hierfür waren Entscheidungen der sowjetischen Führung unter Josef Stalin zur Bekämpfung politischer Gegner. In einem gemeinsamen Antrag gedachten die Fraktionen der CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zum 90. Jahrestag diesem historischen Verbrechen und stuften Holodomor als Völkermord ein. Der Deutsche Bundestag sei weder Richter noch Historiker. Doch mit der Anerkennung des Holodomor als Völkermord werde der Deutsche Bundestag an diesem Jahrestag ein wichtiges geschichtspolitisches Zeichen setzen, so wie zahlreiche Parlamente dies bereits getan hätten, hieß es hierzu vonseiten der Unionsfraktion. Auch im Hinblick auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sei das Gedenken an den Holodomor ein wichtiges Zeichen der Solidarität mit der Ukraine.

Weitere Meldungen aus dem Bundestag

Kindergeld wird erhöht

Der Deutsche Bundestag hat Mitte November eine Erhöhung des Kindergeldes auf einheitlich **250 Euro pro Monat und Kind** beschlossen (Plus von 31 Euro für das erste und zweite Kind; Plus von 25 Euro für das dritte Kind). Auch der Kinderfreibetrag und der steuerlich anrechenbare Unterhaltshöchstbetrag werden angehoben.

Entfristung der Homeoffice-Pauschale

Die in der Corona-Pandemie eingeführte Homeoffice-Pauschale wird entfristet. Dies begrüßt auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert. „Während des Corona-Lockdowns kam mir die Idee mit der Homeoffice-Pauschale - nach dem Kampf der CSU wurde sie dann in der letzten Periode noch eingeführt, allerdings leider nur befristet! Ich freue mich daher, dass dieser berechtigte Kostenansatz nun entfristet wird!“

Anhebung des Grundfreibetrages

Um 561 Euro auf 10.908 Euro soll der steuerliche Grundfreibetrag (Einkommen, bis zu welchem keine Steuern entrichtet werden müssen) erhöht werden. Für 2024 ist eine Erhöhung auf 11.604 Euro vorgesehen. Ferner wird der Spitzensteuersatz von 42 Prozent im Jahr 2023 erst bei einem zu versteuernden Einkommen von 62.827 Euro zur Anwendung kommen. 2024 soll der Satz auf 66.779 Euro anwachsen.

Aufteilung der Kohlendioxidkosten

Die Kosten für die Klimaabgabe werden künftig zwischen Mietern und Vermietern aufgeteilt. Das beschloss der Deutsche Bundestag Mitte November. Bislang ist es Vermietern möglich, die seit Anfang 2021 anfallende CO₂-Abgabe auf Heizöl und Erdgas vollständig auf den Mieter umzulegen. Die Neuregelung sieht ein Stufenmodell vor, das die Kosten so aufteilt, dass auf Mieterseite ein Anreiz zu energieeffizientem Verhalten und auf Vermieterseite ein Anreiz zu Investitionen in klimaschonende Heizungssysteme und energetische Sanierungen geschaffen wird.

Digitale Verkündung von Gesetzen

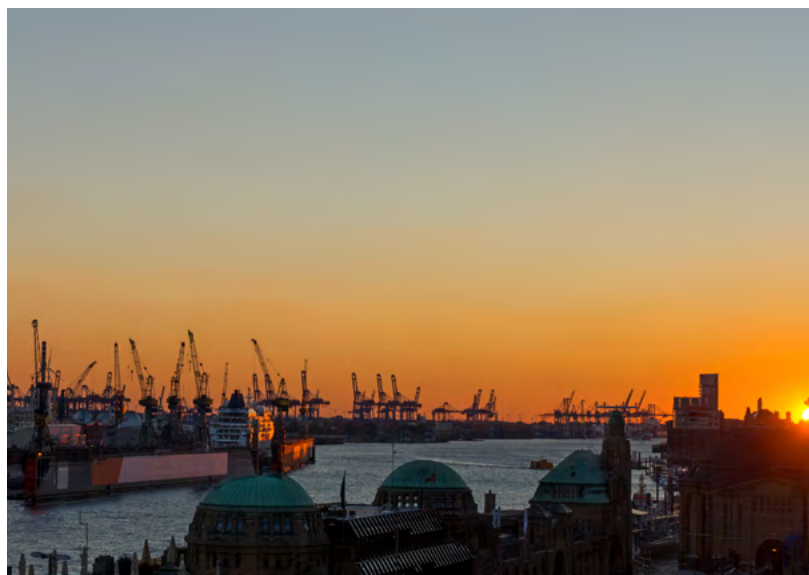
Der Deutsche Bundestag hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Gesetze künftig auch digital verkündet werden können. Bis zu der mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossenen Grundgesetzänderung Anfang Dezember mussten Gesetze ausnahmslos und Rechtsverordnungen vorbehaltlich einer anderweitigen gesetzlichen Regelung im Bundesgesetzblatt verkündet werden.

Aus für Verbrennungsmotor ab 2035 bestätigt

Berlin/Brüssel. Ab dem Jahr 2035 dürfen in der Europäischen Union keine Pkw mit Verbrennungsmotor mehr neu zugelassen werden. Anfang Dezember hat auch der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments gegen die Stimmen von den EVP-Abgeordneten diese Entscheidung bestätigt. Dies sei eine sehr schlechte Nachricht, insbesondere für die vielen Zulieferbetriebe der Automobilindustrie, hieß es hierzu vonseiten der Christdemokraten und Christsozialen auf europäischer, aber auch auf Bundes- und Landesebene. Kritik gab es vor allem auch an dem Verhalten der Bundesregierung, insbesondere in Richtung des Bundesverkehrsministers Christian Lindner. Erst habe es geheißt, der Minister würde sich in der Sache einsetzen, dann sei aber wohl nichts mehr geschehen. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert kritisiert den Beschluss und den mangelnden Einsatz der amtierenden Bundesregierung: „Sehr schade, Chance für Technologieoffenheit verpasst! Amerika und China freut es! Die EU glaubt, dass sie es besser weiß und die deutsche Bundesregierung gibt sowas preis!“ Von den „Romantikern“ linksgrün habe sie nichts anderes erwartet, aber dass die FDP da mitmache, erschrecke sie immer wieder aufs Neue, so die Abgeordnete weiter.

In einem vor einigen Wochen in den Bundestag eingebrachten Antrag forderten CDU und CSU die Bundesregierung dazu auf, alle zur Verfügung stehenden Instrumente und Technologien, wie synthetische Kraftstoffe oder fortschrittliche Biokraftstoffe, zu nutzen anstatt einseitig auf Elektromobilität zu setzen. Dies ist aus Sicht der Union erforderlich, damit die Mobilität für alle Menschen bezahlbar bleibt, Arbeitsplätze, wie etwa in der Zulieferindustrie, gesichert und Klimaschutzziele erreicht würden.

Realismus anstatt Naivität – Unionsfraktion fordert neue China-Strategie



Berlin. Wie soll mit der Weltmacht China in Zukunft umgegangen werden? Um diese Frage ging es in einer auf Verlangen der Unionsfraktion angesetzten Aktuelle Stunde Mitte November im Deutschen Bundestag. Das Verhältnis zu China sei eine große strategische Herausforderung der nächsten Jahrzehnte. Sowohl im europäischen als auch im transatlantischen Bündnis müsse Deutschland hier seine Naivität ablegen, so die klare Position von CDU und CSU. Zudem müsse die Bundesregierung endlich eine China-Strategie vorlegen. Aus Sicht der Fraktion hat Bundeskanzler Scholz mit seiner Stippvisite in Peking Anfang November Schaden angerichtet: So seien europäische und transatlantische Partner verwundert, Xi Jinping sei in Szene gesetzt worden und Deutschland stehe als Bittsteller da. Die Christdemokraten und Christsozialen machten in der Plenardebatte deutlich, dass die immer weiter fortschreitende strategische Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft und vor allem kritischer Infrastruktur verhindert werden müsse. Deutsche Interessen, so die Union, schütze man nicht durch Verkäufe kritischer Infrastrukturen wie am Hamburger Hafen.

Bundestag stimmt für milliardenschwere Soforthilfe für Gas- und Fernwärmekunden

Berlin. Der Deutsche Bundestag hat Mitte November eine milliardenschwere Soforthilfe für Gas- und Fernwärmekunden beschlossen. Diese sieht vor, dass den Kunden im Dezember die Abschlagszahlungen für einen Monat erlassen werden. Gedacht ist die einmalige Leistung als finanzielle Überbrückung bis die Gaspreisbremse greift. Nach den Angaben der Bundesregierung soll dies ab März 2023 der Fall sein. Von der einmaligen Entlastungszahlung im Dezember profitieren Haushalte und kleinere Unternehmen mit einem Jahresverbrauch bis zu 1,5 Millionen Kilowattstunden. Darüber hinaus erhalten bestimmte Einrichtungen im Pflege- und Bildungsbereich und in der medizinischen Versorgung die Hilfe selbst dann, wenn ihr Verbrauch über der Grenze von 1,5 Millionen Kilowattstunden liegt. In Bezug auf Fernwärme sieht die Regelung vor, dass der Betrag der Septemberrechnung sowie ein die Preissteigerungen bis Dezember berücksichtigende „pauschaler Anpassungsfaktor“ zugrunde gelegt werden.

Die Union kritisierte in der entsprechenden Debatte im Bundestag Mitte November, dass die Umsetzung des bereits lange versprochenen Pakets zur Dämpfung der Energiepreise viel zu lange dauere. Auch wenn nun die Soforthilfe auf den Weg gebracht worden sei, fehlte es an tauglichen Vorschlägen für die endgültige Ausgestaltung der Gas- und Strompreisbremse.



Bundestag verabschiedet Triage-Gesetz

Berlin. Wer erhält das lebensrettende Beatmungsgerät, wenn mehr Patienten behandelt werden müssen als Geräte vorhanden sind? Eine Frage, deren Antwort über Leben und Tod entscheidet. Im vergangenen Jahr hatte das Bundesverfassungsgericht vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie entschieden, dass sich aus dem Grundgesetz für den Staat der Auftrag ergebe, Menschen mit Behinderung bei knappen intensivmedizinischen Kapazitäten vor Benachteiligung zu bewahren. Die Bundesregierung hatte daraufhin einen Gesetzentwurf erarbeitet, welcher nun Mitte November mit den Stimmen der Ampelfraktionen angenommen wurde. Nach der neu verabschiedeten Regelung darf die Zuteilungsentscheidung lediglich nach der aktuellen und kurzfristigen Überlebenschance der betroffenen Patienten getroffen werden. Die Bundesregierung führt in der Begründung weiter aus, dass mithilfe der Neuregelung klargestellt werde, dass bei der Zuteilungsentscheidung niemand benachteiligt werden dürfe, insbesondere nicht wegen einer Behinderung, des Grades der Gebrechlichkeit, des Alters, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung. Vonseiten der Opposition hagelt es Kritik. So bemängelt etwa die Unions-

fraktion, dass die Neuregelung die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nur unzureichend abbilde. So werde beispielsweise der Umgang mit Triagesituationen lediglich im Pandemiefall geregelt. Weitere mögliche Ursachen, wie etwa Naturkatastrophen, würden nicht berücksichtigt. Darüber hinaus, so führt die Fraktion weiter aus, enthalte das Gesetz zwar Vorhaben für eine Triage, Verstöße hiergegen seien jedoch nicht sanktionsbewehrt. Zudem seien Menschen mit Behinderung im Verfahren in völlig unzureichender Weise beteiligt worden. Als weiterer Kritikpunkt gegen das Gesetz wird ferner vorgebracht, dass die Ex-Post Triage durch die Neuregelung verboten werde.

Zum Hintergrund: Eine sogenannte Ex-Post-Triage ist gegeben, wenn bei einem Patienten eine medizinische Versorgung zugunsten eines neu hinzukommenden Patient abgebrochen wird, damit das Leben des neu eintreffende Patienten, der die besseren Überlebenschancen vorweist, gerettet werden kann.

Bundestag beschließt Änderung des Europawahlgesetzes – Wahlalter auf 16 Jahre abgesenkt

Berlin. Mit den Stimmen der Regierungsfractionen und der Fraktion DIE LINKE, hat der Deutsche Bundestag das aktive Wahlalter für Wahlen zum Europäischen Parlament von 18 auf 16 Jahre abgesenkt. Da hierfür keine Grundgesetzänderung nötig ist (anders wäre dies etwa bei der Absenkung des Wahlalters im Falle der Bundestagswahl), reichte eine Mehrheit der Ampelkoalition aus. Die Unionsfraktion stimmte gegen den Gesetzentwurf und begründete ihre Ablehnung damit, dass es ein Widerspruch sei, wenn sich junge Menschen erst mit 18 rechtlich verpflichten dürften und erst ab diesem Zeitpunkt strafrechtlich voll zur Verantwortung gezogen werden könnten, zugleich aber unmittelbaren Einfluss auf die europäische Gesetzgebung nehmen könnten.

Begegnungen im Deutschen Bundestag



Zusammen mit Leonard Kaminski von der jüdischen Werteinitiative diskutierte Silke Launert Ende November über die Frage, wie Desinformationen und Antisemitismus effektiv bekämpft werden können. „Desinformationskampagnen, insbesondere im Netz, gefährden unsere Demokratie. Dabei werden auch antisemitische Narrative gestreut. Hier müssen der Rechtsstaat und die Zivilgesellschaft klare Kante zeigen“, so Launert, welche die CSU im Innenausschuss vertritt.



Zusammen mit den Wirtschafts- und Digitalpolitikern tauschten sich Ende November im Hotel Adlon die Innenpolitiker der Union mit IBM Deutschland zu den Themen Sicherheit und kritische Infrastruktur aus.



Silke Launert und Julia Immler, die ihr Freiwilliges Soziales Jahr im Büro der Bayreuther Bundestagsabgeordneten absolviert, beim Weihnachtsempfang in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft.



Silke Launert freute sich, ihre ehemaligen Kollegen und Banknachbarn in der Fraktionssitzung, Reiner Meyer und Alois Karl, wiederzusehen.

Wie jedes Jahr macht die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion anlässlich des **Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen** auf das **Hilfetelefon** aufmerksam (Tel.: 08000 116 016; anonym und rund um die Uhr erreichbar).

Weihnachtsstimmung in Berlin



Gemeinsamer Kampf für die Franken-Sachsen-Magistrale – Bayerische und sächsische Politiker unterzeichnen Resolution



München. Das Signal war unmissverständlich: Aufgeben ist keine Option! Die Franken-Sachsen-Magistrale muss kommen! In einer gemeinsamen, Mitte November im bayerischen Verkehrsministerium verabschiedeten, Resolution fordern der bayerische sowie der sächsische Verkehrsminister, Mandatsträger aus Nordostbayern und Sachsen den Bund dazu auf, das für die betroffenen Regionen unverzichtbare Verkehrsprojekt zügig voranzutreiben. Bereits vor 30 Jahren wurde der Ausbau der Franken-Sachsen-Magistrale in den Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes aufgenommen. Verwirklicht ist das Projekt indes immer noch nicht.

Damit die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens bejaht werden kann, ist ein Kosten-Nutzen-Faktor von mindestens 1,0 erforderlich. Laut eines aktuellen Gutachtens des Bundes ist der Wirtschaftlichkeitsfaktor des Projekts „Ausbau der Franken-Sachsen-Magistrale“ jedoch von 1,3 auf 0,6 gesunken. Als „nicht nachvollziehbar“ bezeichnen die bayerischen und sächsischen Politiker diese Bewertung. Von sämtlichen Seiten seien bereits hohe Summen in den Ausbau geflossen. So seien bereits 25 Millionen Euro in die Vorplanungen des noch ausstehenden Ausbaus investiert worden. Auch der Freistaat Bayern und der Freistaat Sachsen hätten ebenso wie die EU im Vertrauen auf eine Realisierung des Gesamtprojekts in den Ausbau der Magistrale bis Hof Investitionen getätigt.

„Die „schmutzige“ Lücke in Europa muss aus verkehrstechnischen, ökologischen und wirtschaftlichen Gründen endlich geschlossen werden! Es darf nicht sein, dass die Beseitigung der größten Dieselinsel Deutschlands weiter verzögert wird! Zudem ist es absolut nicht nachvollziehbar, weshalb das Gutachten des Bundes auf einen Wert von 0,6 kommt. Wir erwarten klare Antworten vom Bund und eine zügige Weiterführung des Projekts!“, so die deutlichen Worte der Bayreuther Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert, welche die Resolution mitunterzeichnet hat. In dem Papier fordern die Politiker insbesondere auch eine Revision der Berechnung. Es sei völlig hanebüchen, nun mit einer zu geringen Wirtschaftlichkeit zu argumentieren, kritisiert Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter das Gutachten.

„Der Stopp des Projekts macht die jahrzehntelangen Bemühungen um eine bessere und direkte Verbindung von Nürnberg nach Sachsen und Tschechien zunichte und ist eine abrupte Vollbremsung auf halbem Weg – vom negativen Klimaeffekt ganz zu schweigen!“, führt Bernreiter weiter aus. Auch der Text der verabschiedeten Resolution lässt an Deutlichkeit nichts vermissen: **„Die Anwohner und die Wirtschaft an der Franken-Sachsen-Magistrale sollen jetzt auf das Abstellgleis geschoben werden. Diese massive Benachteiligung und Verhinderung der Mobilitätswende nehmen wir nicht mehr hin!“**

Keine Geschwindigkeitsbeschränkung auf der Staatsstraße in Lienlas – Gefährdung von Verkehrsteilnehmern und Anwohnern



Lienlas. 100 Stundenkilometer sind auf der Staatsstraße 2177 erlaubt – es sei denn, es ist eine Geschwindigkeitsbegrenzung vorhanden. Eine solche aber fehlt in Lienlas, durch welche die Staatsstraße führt – und das trotz der zwei gegenüberliegenden Bushaltestellen, jeweils ohne Bucht, auf beiden Straßenseiten. Eine gefährliche und nicht weiter hinnehmbare Situation, heißt es hierzu von Anwohnern und anliegenden Firmeninhabern. Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert wollte sich persönlich ein Bild von der Situation machen und traf daher Ende November Alexandra Walberer, welche gemeinsam mit ihrem Mann an der Staatsstraße auf ihrem Hof eine Hundepension sowie ein Startup betreibt und auf das Problem aufmerksam gemacht hatte.

Auch der Bürgermeister von Kirchenpingarten, Markus Brauner, nahm an dem Austausch teil. Wenn der Bus an den Haltestellen halte, müssten die Autofahrer von 100 km/h herunterbremsen, da sie aufgrund einer durchgezogenen Linie nicht überholen dürften, schilderte Alexandra

Walberer die Situation. Die meisten Autofahrer überholten jedoch, da sie entweder nicht bremsen könnten und dem Bus ausweichen wollten oder ganz bewusst die durchgezogene Linie überfahren würden. Dabei könne aufgrund der Kurve auf beiden Seiten der Gegenverkehr nicht beziehungsweise schlecht eingesehen werden. Erst Anfang Oktober habe es einen Unfall gegeben, so die Anwohnerin. Auch das Linksabbiegen oder die Zulieferung durch LKWs sei wegen der hohen Geschwindigkeit nicht ohne Gefährdung möglich. Alexandra Walberer fordert daher mit Nachdruck eine Geschwindigkeitsbegrenzung. Silke Launert und Markus Brauner unterstützen diese Forderung.

Es brauche eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf mindestens 80, besser sogar 70 km/h, wie es sie auch nur wenige Kilometer entfernt, an einer ähnlichen Stelle, schon gebe, so Launert und sicherte zu, mit dem Staatlichen Bauamt in Kontakt zu treten, um die bestehenden Möglichkeiten zu erörtern und eine Lösung für das Problem zu finden.

Bahnanbindung in Oberfranken - Bayerische Staatsregierung hält an Neigetechnik fest



Bayreuth. Die Bayerische Staatsregierung hat Anfang Dezember mitgeteilt, auch künftig an der Neigetechnik festzuhalten. Zugleich soll bei Ausschreibungen ab dem nächsten Frühjahr auf hochmoderne emissions- und barrierefreie Neigetechnik-Züge gesetzt werden. Dies sei eine richtige und wichtige Entscheidung für die Region und für einen attraktiven Nahverkehr, so die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert. Denn nur, wenn eine gute und vor allem auch schnelle Bahnanbindung sichergestellt sei, stelle die Schiene eine echte Alternative zur Straße dar, führt Launert weiter aus. „Die Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung, künftig hochmoderne emissions- und barrierefreie Neigetechnik-Züge einzusetzen, leistet insoweit einen zentralen Beitrag, die Verkehrswende erfolgreich zu meistern und den ländlichen Raum anschlussfähig zu erhalten.“

Ärztliche Besetzung des Gesundheitshauses in Hollfeld



Im Bild von links: Katrin Kürzdörfer (Geschäftsführerin der Gesundheitsregion Bayreuth), Adam Hofstätter (Regionalbeauftragter der KVB für Oberfranken), Sebastian Münch (Teamleiter der Beratung der KVB Bayreuth), Dr. Silke Launert (MdB), Hartmut Stern (1. Bürgermeister der Stadt Hollfeld), Michael Gumbmann (Investor)

Hollfeld. „Die Steine sind da, jetzt fehlen die Köpfe!“ betont Michael Gumbmann, der eine hohe Summe in das Gesundheitshaus in Hollfeld investiert hat und nun auf Mieteinnahmen wartet. Auch Adam Hofstätter (KVB München) sowie sein Kollege aus Bayreuth, Sebastian Münch, freuten sich über die Vorleistung, welche die Stadt Hollfeld und die Investoren geleistet haben: „In vielen Fällen sind die passenden Räumlichkeiten eben nicht vorhanden.“

Auch die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert zeigte sich bei einem gemeinsamem Gespräch Mitte November, an welchem Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KBV), Teilhaber des Projekts, die Gemeinde Hollfeld sowie die Abgeordnete teilnahmen, einmal mehr begeistert von der Lage und dem Konzept des Gesundheitshauses: „Die Stadt Hollfeld liegt nahe der schönen Urlaubsregion Fränkische Schweiz und das Haus selbst bietet alles, was man sich in der Stadt Bayreuth wünscht: Es ist gut erreichbar, neben einigen Einkaufsmärkten und der Schule gelegen und es gibt viele kostenfreie Parkplätze in unmittelbarer Nähe.“ Zudem seien die Räumlichkeiten sehr großflächig und könnten mehrere Ärzte und eine Apotheke unterbringen.

Für Hartmut Stern, den Ersten Bürgermeister von Hollfeld, ist es vor diesem Hintergrund unverständlich, warum so wenige Allgemeinmediziner die Chance, sich hier unter besten Bedingungen niederzulassen, wahrnehmen, zumal neben den optimalen Standortbedingungen des Gesundheitshauses selbst eine Förderung durch den Freistaat Bayern für die Einrichtung der Praxen existiert.

Die Kassenärztliche Vereinigung Bayern hat insgesamt drei Sitze für Allgemeinmedizin in Hollfeld vorgesehen. Wünschenswert wäre für die Stadt zudem die Niederlassung von Ärzten im Bereich der Gynäkologie und Kinder- und Jugendmedizin. Die Umwandlung eines Arztsitzes für Allgemeinmedizin in einen Sitz für fachspezifische Medizin ist jedoch rechtlich schlicht nicht vorgesehen, informierten die Vertreter der KVB bei dem Treffen. Eine Möglichkeit innerhalb des gesetzlichen Rahmens wäre eine „Filialisierung“. Hierbei könnten Fachärzte aus dem Raum Bayreuth, oder darüber hinaus, für beispielsweise zwei Wochentage Patienten im Einzugsgebiet Hollfeld zusätzlich zu ihrer eigenen Praxis mitbetreuen. Auch die Abwechslung verschiedener Fachrichtungen während der Woche wäre denkbar. Jetzt fehlen nur noch die Ärzte.

Der erste Abschnitt des Ostbayernrings geht feierlich ans Netz



Landkreis Bayreuth. Der erste große Baustein in der künftigen Energie-Infrastruktur Oberfrankens und Bayerns wurde von Ministerpräsident Markus Söder am Umspannwerk Mechlenreuth nahe Münchberg im Landkreis Hof eingeweiht. Und auch die Bundestagsabgeordnete Silke Launert war zu diesem wichtigen Ereignis eingeladen worden. „Viele Bürgeranfragen bei mir gehen in diese Richtung. Die Menschen haben Angst, dass sie plötzlich ohne Strom dastehen und nichts mehr geht. Sie wünschen sich mehr Sicherheit“, stellt Silke Launert fest und war froh, dabei sein zu können, als der erste Abschnitt des Ostbayernrings ans Netz ging. Innerhalb von 15 Monaten waren parallel zur bestehenden Trasse zwischen Redwitz im Landkreis Lichtenfels und Mechlenreuth mehr als 120 neue Strommasten errichtet worden. Die bisher genutzten Masten sollen zurückgebaut werden. Die neue Übertragungsleistung ist nun doppelt so hoch wie bisher.

Netzbetreiber ist die Firma Tennet, eine der führenden Übertragungsnetzbetreiber in Europa, mit einer Niederlassung in Bayreuth. Tennet-Geschäftsführer Tim Meyerjürgens begrüßte bei der feierlichen Teilinbetriebnahme des Ostbayernrings die prominenten Gäste und beurteilte den Tag als gut für die Energiewende und die Energieversorgung in Bayern. „Netzausbau ist der entscheidende Hebel für den Ausbau der erneuerbaren Energien und für niedrige Strompreise“, trug er vor. Deshalb sei er auch von überragendem öffentlichem Interesse und diene der Sicherheit. Dass es sehr wichtig sei, solche Projekte unabhängig von fossilen Energien zu fördern, äußerte Ministerpräsident Markus Söder in seiner Ansprache und meinte: „Das ist die Pulsader der Energieversorgung!“ Denn Bayern benötige besonders viel Energie, da das Land in dieser Hinsicht sowohl wirtschaftlich als auch in der Forschung deutschlandweit an der Spitze stehe. Die Stromversorgung müsse mit und nicht gegen die Bevölkerung gehen.

Weiter erklärte der Ministerpräsident, dass Bayern viel Geld in die Hand nehmen wolle, um den Ausbau von Wasserstoff deutlich voranzutreiben. Außerdem sollen lange Genehmigungsverfahren weiter verkürzt werden. Die Bundestagsabgeordnete Silke Launert sieht das ebenso und meint:

„Erforderlich ist und bleibt, das Angebot an Energie zu erhöhen. Zeiten wie diese erfordern Pragmatismus und nicht Ideologie. Insoweit zählt die Verantwortung für die Menschen im Land!“

Stadt Goldkronach kämpft für die Zukunft



Goldkronach. Nachdem die Ampel-Regierung Mitte Oktober angekündigt hat, das Bundesprogramm zur Gigabitförderung mit sofortiger Wirkung zu stoppen, herrscht im Goldkronacher Stadtrat fraktionsübergreifend Fassungslosigkeit. Wie für viele andere Gemeinden im ländlichen Raum ist das ein herber Schlag und bedeutet trotz vieler Vorinvestitionen einen absoluten Planungsstopp des Gigabitausbaus mit Bundesmitteln. Niemand hätte gedacht, dass eine Regierung mit Beteiligung der FDP, deren großes Wahlversprechen Fortschritt im Bereich der Digitalisierung war, gerade die Abschaffung eines solch zentralen Programms mitträgt, so Bürgermeister Holger Bär. Seiner Meinung nach hinke der Standort Deutschland im globalen Vergleich schon viel zu sehr hinterher.

Auch die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert sieht der Situation besorgt entgegen: „Ich habe Angst, dass wir unsere Zukunft langfristig verspielen, wenn die Regierung weiterhin aus unverständlichen Gründen an der falschen Stelle spart!“, erklärte sie Anfang Dezember bei einem Treffen mit dem Ersten Bürgermeister Holger Bär, einigen Mitgliedern des Stadtrates und dem Geschäftsführer der Breitbandberatung Bayern Roland Zeltner.

„Die Verlegung der Glasfaserkabel ist keine Investition für die nächsten 10, sondern 50 oder sogar 100 Jahre“, erklärte Roland Zeltner. Die aktuelle Situation ohne neue Richtlinie gleiche jedoch „einer Hängepartie mit offenem Ausgang“. Schon jetzt ist abzusehen, dass der Stopp des Förderungsprogramms das Projekt um mindestens zwei Jahre nach hinten

wirft, egal wie schnell eine neue Richtlinie verabschiedet wird. Ob das Ziel, den Breitbandausbau bis 2030 modernisiert zu haben, erreicht werden kann, ist unklar.

Überrumpelt durch den Stopp des Bundesförderprogramms muss nun über das weitere Vorgehen in Goldkronach entschieden werden. Die Nutzung des bayerischen kleineren Förderprogramms steht zur Debatte, würde jedoch bedeuten, dass ein Gigabitausbau nur in kleinen Etappen und nicht für alle Haushalte möglich wäre. Hier müsste dann mit unklarem Zeithorizont nochmals ein Förderprogramm genutzt werden, um letztlich alle Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. In diesem Zusammenhang müssten erneut verschiedene Erschließungsbereiche festgelegt werden und teils neue Straßen mehrfach aufgegraben werden, was Bürgermeister Bär sowie viele andere Mitglieder des Stadtrates von vornherein vermeiden wollten.

Die Gemeinden brauchen dringend Planungssicherheit. Wann kommt eine neue Richtlinie? Wann tritt sie in Kraft? Was beinhaltet sie in Bezug auf Fördersatz und Fördersumme? In wie weit werden Preissteigerungen und die damit verbundene Belastung der Kommunen mit einbezogen? Diese Fragen zu beantworten, ist nun Aufgabe der Ampel-Koalition in Berlin. Die Stadt Goldkronach hat seit vielen Jahren ihre Hausaufgaben zum Thema Breitband gemacht, nun liegt es an der Bundesregierung, für die nötige Planungssicherheit zu sorgen, so der Bürgermeister abschließend.

Bäckerei Fuhrmann macht sich Sorgen um die Zukunft



Bayreuth. Michael Rindfleisch, Inhaber der Bäckerei „Fuhrmanns Backparadies“ in Bayreuth, zeigte der Bundestagsabgeordneten Silke Launert stolz seine Brote, Küchle, Torten und saisonalen Spezialitäten. Doch ihn plagen große Sorgen, wie er der Abgeordneten erzählte. Die Bäckerei wurde 1931 ganz klein gegründet und immer mehr vergrößert. Vater, Onkel und Sohn sind Bäcker, sodass die Zukunft gesichert wäre, wenn da nicht die hohen Strom- und Gaskosten wären. „Die aktuellen Angebote für die Energie sind mehr als das Doppelte der bisherigen Kosten“, berichtete Fuhrmann. Es habe bereits zu Beginn des Jahres eine Preiserhöhung um zehn Prozent gegeben. Eine solche gab es dann wieder im September. Aktuell meint er, dass er seinem Sohn nicht empfehlen könne, den Betrieb weiterzuführen, denn es gebe auch wachsende Konkurrenz durch Discounter.

„Ja, diesen Druck auf Handwerker und andere Unternehmer habe ich schon früh gespürt. Deshalb hat ja die Union schon am Anfang eine Gas- und Strompreisbremse gefordert“, antwortete Silke Launert und erklärte weiter, dass die Union medial leider nicht durchdringe: „Die Gaspreisbremse ist ja nun einigermaßen klar. Aber es gibt noch keinen Vorschlag für den Strom.“ Sie ist der Ansicht, dass man diese Energiepreisbremse, die dem Bund viel Geld kostet, nicht lange durchhalten könne und es für die Betroffenen auch keine echte Hilfe sei: „Es hilft nur die Erhöhung der Energiemenge.“ Das sieht auch Michael Rindfleisch so und äußerte, dass er nicht verstehe, warum man gerade jetzt aus der Atomkraft aussteigen wolle. „Leider sind große Teile der Grünen keine Macher, sondern sie gehen nur nach der Ideologie“, antwortete Silke Launert und bemängelte, dass die aktuelle Politik sich leider nicht auf die derzeitige Lage einstelle. Zu Fuhrmann gewandt sagte sie: „Sie können in der aktuellen Situation zwar überleben, aber leider nicht wirklich leben! Und das bei der vielen Arbeit!“ Leider kann der Bäckermeister die Preise nicht einfach anpassen, da er große Konkurrenz hat. Deshalb sieht die Bundestagsabgeordnete nur eine Lösung: die Erhöhung der Energiemenge.

Launerts Menschen – Diana Könitzer



Diesmal habe ich die Leiterin vom Kinderschutzbund Forchheim, Diana Könitzer, getroffen. Als ehemalige Richterin und Obfrau des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sind mir Familien und Kinder besonders wichtig. Sie sind die Basis unserer Gesellschaft. Schlimm ist es, wenn es ihnen nicht gut geht. Wie gut, dass der Kinderschutzbund für Kinder und Familien einsteht.

Der Kinderschutzbund hat sich auf die Fahne geschrieben, Kinder stark machen zu wollen, ihre Fähigkeiten zu fördern, sie ernst zu nehmen und ihre Stimme zu hören. Wie sieht das umgesetzt in Forchheim so aus?

Diana Könitzer: Egal, für welche Altersgruppen: der Kinderschutzbund ist für Kinder, Jugendliche und auch die Eltern da. Wir stehen mit einem offenen Ohr für alle Probleme zur Verfügung, geben jungen Familien Halt und Sicherheit, zum Beispiel durch unsere Kinderbetreuungsangebote, Kurse, wie „Starke Eltern- Starke Kinder“, sind in der Prävention aktiv - ob in Schulen oder im Kindergarten- und Grundschulalter mit Projekten, wie „Pfoten weg!“. Darüber hinaus machen wir inklusive Angebote, wie einen Kochkurs mit benachteiligten und behinderten Kindern, begleiten Umgänge in schwierigen Trennungs-

situationen oder organisieren die Ferienbetreuung in den Ferien, wenn Eltern arbeiten müssen. Auch gesellschaftspolitisch erheben wir die Stimme, wenn es darum geht, dass Kinder gesehen werden müssen. Sie sind die Schwächsten in der Gesellschaft und dennoch unsere Zukunft, für die es sich lohnt, sich einzusetzen.

Welche Aktionen habt ihr konkret in der nächsten Zeit geplant?

Diana Könitzer: Als kleiner Verein, der für Forchheim und den Landkreis zuständig ist, sind wir auf Spenden und Verkäufe angewiesen. Wir beteiligen uns am Advents- und Weihnachtsmarkt und verkaufen Geschenkideen und viele schöne und leckere Dinge. Im kommenden Jahr werden wir unser Angebot erweitern und noch mehr und noch breiterflächiger Projekte, Kurse und Beratungsangebote zur Verfügung stellen. Für Kleinkinder, für das berühmte Pubertier, für Familien in besonders außergewöhnlichen Situationen und in Erziehungsfragen. Zuviel möchte ich noch nicht verraten. Wer möchte, kann sich immer in den Sozialen Medien und auf www.kinderschutzbund-forchheim.de auf dem Laufenden halten.

Warum hast Du Dich für eine Arbeit beim Kinderschutzbund entschieden?

Diana Könitzer: Es war eine Fügung, dass die Stelle vakant war, als ich auf der Suche nach einer Arbeitsstelle war, in der ich gestalten kann. Mir ist es wichtig, das Gefühl zu haben, der Gesellschaft beizutragen. Ganz schlimm finde ich, wenn ich meine Lebenszeit damit verbringen müsste, Zahlen zu tippen oder irgendwas in der Art tun zu müssen. Ich blühe auf, wenn ich mit Menschen arbeite und ich ihnen helfen kann und das auf hohem professionellem Niveau. Die Gestaltungsmöglichkeit, zum Beispiel neue Projekte zu installieren, zu überlegen, wie man gerade nach der doch sehr anspruchsvollen Corona Pause Unterstützung bieten kann und belastete Kinder und Familien gut unterstützen kann, ist für mich das A und O.

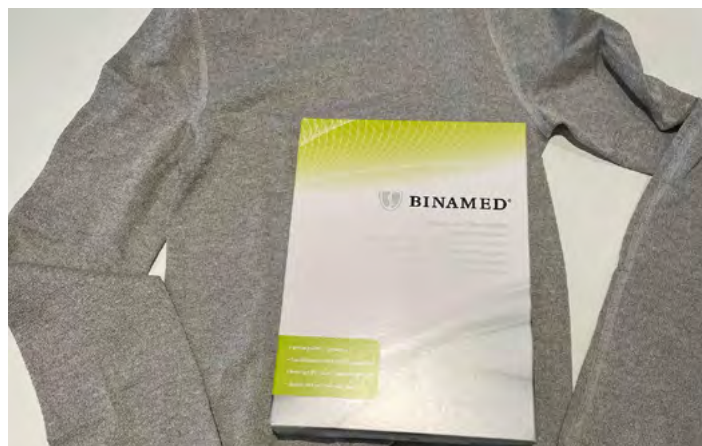
Du bist ja selbst Mama von einem tollen Jungen, dem Aaron. Wie bringst Du Karriere und Muttersein unter einen Hut?

Diana Könitzer: Das ist gar nicht so einfach. Manchmal muss ich schon sagen, dass alles sehr viel ist. Immerhin trage ich auch sehr viel berufliche Verantwortung. Und das sehr gern. Doch die größte Leidenschaft und die größte Liebe ist nun mal mein Sohn. Daher kommt es mir auch entgegen, dass mein Beruf keine Vollzeitstelle beinhaltet und ich dankbar bin, im Notfall hier auch flexibel sein zu können. Verleugnen kann ich aber auch nicht, dass man in einer verantwortungsvollen Arbeitsstelle eben auch keine Arbeitszeiten von 8.00 bis 16.00 Uhr hat. Da sind Abendtermine, Wochenendveranstaltungen, Sitzungen und Arbeitskreise, die in Summe auch bei mir ein hohes Maß an Organisationstalent fordern. Doch unterm Strich geht Aaron immer vor. Er ist ein feinfühliges Kind und das braucht Raum, wie die Kinder im Kinderschutzbund.

Hier die Nummer gegen Kummer, wenn man Hilfe braucht:

Kinder- und Jugendtelefon: 116 111
Elterntelefon: 0800-1110550

Lindern durch Kleidung mit Silberfäden



Bayreuth. Die Bundestagsabgeordnete Silke Launert hat selbst Kinder und weiß, wie es ist, wie Eltern leiden, wenn es ihren Kleinen nicht gut geht. Sie kennt auch Kinder, die an Neurodermitis leiden, einer chronischen, nicht ansteckenden Hauterkrankung, deren typische Anzeichen Hautausschlag und starkes Jucken sind. Meist tritt diese Krankheit bei Kindern auf, aber auch Erwachsene kämpfen mit diesen Hautproblemen und schämen sich oft, wegen des Hautausschlags. Deshalb war sie von den Produkten der Bayreuther Firma Binamed Moll GmbH begeistert: „Die fühlen sich richtig gut an.“ Die Bundestagsabgeordnete war zum 65. Geburtstag des Unternehmenschefs, Michael Moll, zu einer Besichtigung

eingeladen worden. „Ich bin immer wieder begeistert, wie sich Unternehmen in einer Nische weiterentwickeln! So wie die Firma Binamed, die sich auf sehr bequeme und weiche Textilien mit echten Silberfäden spezialisiert hat, die dank des Silberanteils die Symptome bei Neurodermitis mildern“, stellte Launert fest. Die Silberfäden sind so eingestrickt, dass sie auf der der Haut zugewandten Seite liegen. Die Kleidung von Binamed ist weich und in der Lage, Feuchtigkeit schnell und effizient vom Körper weg nach außen zu transportieren. So können auch nässende Neurodermitis-Wunden schonend abheilen.

Fragen klären mit Vertretern der Bundespolizei



Bayreuth. „Vielen Dank für die vielen Anregungen und Erklärungen zu diesen spannenden Themen!“ Mit diesen Worten verabschiedete sich die Bundestagsabgeordnete Silke Launert von Polizeidirektor Reiner Weber, seiner Stellvertreterin und Polizeirätin Tanhee Schulte-Weichert und dem Ersten Hauptkommissar Dirk Hirsch von der Bundespolizei in Bayreuth. Die Abgeordnete war zu einem spontanen Besuch gekommen und hatte sich mit den Beamten über folgende Themen ausgetauscht: Wie kann die Krisensicherheit der Behörde gewährleistet werden? Wie kann die Bundespolizei die Herausforderungen aufgrund politischer Entwicklungen wie zum Beispiel dem Krieg in der Ukraine bewältigen? Und welche Aufgaben kommen im Falle einer Ausnahmesituation auf sie zu? Wo gibt es Bedarf für neue Sachmittel und Modernisierung? Ein gelungener Austausch, fanden sowohl die Beamten als auch Silke Launert.

Baugenossenschaften schlagen Alarm



Bayreuth – Die drei großen Bayreuther sozialen Wohnungsbaunternehmen GEWOG, Bauverein und GBW luden im Oktober die Bundstagsabgeordneten im Wahlkreis Bayreuth zu einer Diskussion zum Thema „Wohnungsbauförderung vor dem Hintergrund der Klimaneutralität 2045“ ein. Bereits in ihrer Einladung schrieben die Unternehmen, dass sie „extrem enttäuscht über die aktuelle Herangehensweise der derzeitigen Bundesregierung“ seien. Von dem Wahlkampf motto „Jetzt faire Mieten wählen“ mit dem Ziel 400.000 neue Wohnungen pro Jahr zu errichten sei man „meilenweit entfernt“. Sie warfen den Politikern vor, kein Interesse mehr an sozialer Wohnraumvermietung zu haben, da in diesem Jahr bereits zum zweiten Mal „die Förderkonditionen im Gießkannenprinzip für alle verschlechtert wurden“. Statt sozialorientierte Bestandhalter finanziell zu fördern, sei nur der Mieterschutz ins Visier genommen worden. Deutlich stand geschrieben: „Wenn Sanierung und Neubau nur unwirtschaftlich betrieben werden können, ist das geplante Neubauziel der Regierung und die Klimawende im Gebäudesektor völlig utopisch. Denn dann wird schlicht nicht mehr gebaut oder saniert.“ Ohne die Mithilfe der Wohnungsbaugesellschaften würden die Ziele der Regierung „krachend“ verfehlt. Statt zu bestrafen sollte gefördert und nicht nur gefordert werden.

In der Diskussion trugen die Unternehmer vor, dass der Anstieg der Baupreise um 40 Prozent das Geschäft aktuell sehr schwer mache. Man müsse klimaneutral werden, die Sanierungen seien aber sehr teuer. Auch seien in diesem Jahr die Fördermittel der KfW gekürzt worden. „Wenn wir so weitermachen, haben wir keine neuen Wohnungen“, äußerte die CSU-Bundstagsabgeordnete Silke Launert und gab an, dass sogar private Wohnungsbaunternehmen den Bau von neuen Wohnungen derzeit einstellen, da sie keine Gewinnmargen mehr sehen. Sie erklärte, dass der Staat den Wohnungsbau nicht alleine stemmen, sondern nur fördern und Investitionen anstoßen könne. Ein großer Teil des aktuellen Bestandes müsse saniert werden, doch es fehle an Geld und Dienstleistern. Für Private wären also bessere Abschreibungsmodelle sinnvoll. Für die sozialen Wohnungsbaunternehmen würde das nichts bringen. Dafür brauche man viel mehr eine bessere Förderung. Zum Thema KfW sagte Launert: „Wir sollten den Appell mitnehmen und an die Minister weitergeben, dass solche Aktionen das Vertrauen in die Politik oder den Stadt zerstören und dann niemand mehr investiert.“

Weihnachtsgeschichten für den guten Zweck

St. Georgen. Weihnachtszeit ist Geschichtenzeit – das dachte sich auch der Verein „St. Georgen Swingt“ und veranstaltete unter der Leitung seiner Vorsitzenden Regine Gareis Mitte Dezember eine Benefizveranstaltung. Zur Unterstützung der Spendenaktion, deren Gelder dem Verein „Hilfe für das behinderte Kind e.V.“ zugute kommen sollen, wurden bekannte Persönlichkeiten aus der Region darum gebeten, ihre Lieblings-Weihnachtsgeschichten

mitzubringen und vor versammelter Runde vorzutragen. Regine Gareis, Julia Förster-Oetter (Atelier Förster-Oetter), Reinhold Hartmann (Mundartdichter), Thomas Zimmer (Inhaber der Bäckerei Lang) und die Bayreuther Bundstagsabgeordnete Silke Launert gaben allesamt ihr Bestes. Silke Launert hatte gleich zwei Geschichten mitgebracht: „Mit dem Herzen sehen“ und der „König mit den leeren Händen“. „Ich habe mich für die-

se Geschichten entschieden, weil sie das Herz berühren. Und genau darum soll es an Weihnachten und in der Adventszeit ja gehen“, begründete die Bundstagsabgeordnete ihre Auswahl. Nicht nur durch die Weihnachtsgeschichten allein, sondern auch durch die liebevolle Gestaltung vor Ort und insbesondere dank der musikalischen Untermalung durch Sandy Wolfrum fühlten sich die Anwesenden auch eine Woche vor dem Fest Weihnachten.



AKTUELLES AUS DEN KREIS-/ORTSVERBÄNDEN

Oliver Würschum-Busch ist neuer Bundeswahlkreis-Geschäftsführer



Bayreuth. Die Bundeswahlkreis-Geschäftsstelle der CSU in Bayreuth heißt ihren neuen Geschäftsführer Oliver Würschum-Busch (2. von links) herzlich willkommen. Begrüßt wurde er von der Kreisvorsitzenden und Bundstagsabgeordneten Dr. Silke Launert, dem BWK-Vorsitzenden Franc Dierl und der Kreisvorsitzenden der CSU Bayreuth-Land und Landtagsabgeordneten Gudrun Brendel-Fischer. „Wir wünschen Herrn Würschum-Busch viel Spaß und Erfolg im neuen Job und freuen uns auf die Zusammenarbeit!“, so die Kreisvorsitzende Silke Launert.

Weihnachtsfeier der Frauenunion Forchheim



Forchheim/Eggolsheim. In den Genuss eines leckeren Vier-Gänge-Menüs samt einer erlesenen Auswahl an Bieren aus der Region kamen die Frauen der Frauenunion Forchheim auf ihrer Weihnachtsfeier Mitte Dezember. Während Markus Huberth zusammen mit seiner Frau die Anwesenden in seiner Kochschule

„Koch(t)raum“ in Eggolsheim mit leckeren kulinarischen Spezialitäten verwöhnte, servierte Braumeister Johannes Eismann zu jedem Gang korrespondierende Biere aus der Region. Garniert wurde das Ganze mit spannenden Fakten zur jeweiligen Biersorte. Als Gäste hatte die FU Forchheim sich die Bayreuther Bundstagsab-



geordnete Dr. Silke Launert, den Landtagsabgeordneten Michael Hofmann sowie Maria-Luise Lehnard, Kandidatin für die Bezirkstagswahl, eingeladen. „Herausragendes Essen, super leckere Biere und tolle Gespräche!“, fasste Silke Launert den kurzweiligen Abend zusammen.

CSU Bayreuth-Stadt spendet 750 Euro an die Aktion „Wir schenken Weihnachten“



Bayreuth. Bereits zum 15. Mal werden im Rahmen der Aktion „Wir schenken Weihnachten“ Gutscheine und Geld für sozial schwache Familien, Kinder und Jugendliche, Rentner, Alleinerziehende in Bayreuth Stadt und im Landkreis gesammelt. Auch der Kreisverband Bayreuth-Stadt hat sich an der Aktion beteiligt und Anfang Dezember einen Spendencheck in Höhe von 750 Euro überreicht. „Eine wirklich tolle Aktion, die wir sehr gerne unterstützen“, erklärte die Kreisvorsitzende Silke Launert im Rahmen der Übergabe bei dem Sender und Mitinitiator der Hilfsaktion „Radio Mainwelle“.

CSU-Parteitag 2022 in Augsburg: „Mit klarem Kurs durch die Krise“



Augsburg. Unter dem Motto „Mit klarem Kurs durch die Krise“ fand vom 28. bis 29. Oktober der 88. CSU-Parteitag im bayerischen Augsburg statt. Die 1.500 anwesenden Delegierten und Gäste blickten auf die Politik des vergangenen Jahres zurück und diskutierten intensiv über die künftige Ausrichtung der Partei. Vor allem der Umgang mit dem Ukraine-Krieg, mit der derzeitigen Energiekrise sowie mit der Corona-Pandemie standen im Mittelpunkt der Gespräche, welche von Generalsekretär Martin Huber mit den Worten „Wir sind die politische Power pur, wir sind die konstruktive Kraft für Deutschland und Bayern“ eröffnet wurden. Auch der Parteivorsitzende und Ministerpräsident Markus Söder betonte diese Ausrichtung im Rahmen seiner Rede am ersten Tag. Er würde alles dafür tun, damit Bayern gut durch die Krise komme, versprach Söder.

ge der Mitglieder diskutiert. Die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert hatte insgesamt acht Anträge gestellt. Diese reichten von der Forderung, mehr Hilfsangebote für von Gewalt betroffene Frauen zu schaffen und bereits bestehende Angebote stärker auszubauen, bis hin zu der Forderung, rechtlich festzulegen, dass bestimmte für das Landleben typische Gerüche und Geräusche nicht mehr als Belästigung eingestuft werden.

Darüber hinaus wurde in Augsburg ein Leit-antrag verabschiedet. In diesem fordern die Christsozialen zur Bewältigung der Folgen des Kriegs in der Ukraine von der Ampel-Koalition vereinfachte Verfahren für den Ausbau erneuerbarer Energien und eine weitere Nutzung der Kernkraft. Die Entscheidung der Ampelkoalition, die Kernkraftwerke lediglich bis April 2023

Energieimporten reduzieren.“ Das gehe nur mit einem massiven und schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien.



Zum Abschluss des Parteitages am zweiten Tag kam der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz zu Besuch. Mit großem Applaus wurde Merz in der Messehalle in Augsburg empfangen. Bei seiner Rede bedankte er sich für die gute Zusammenarbeit und betonte den Zusammenhalt in der Union.

Nach zwei gelungenen Tagen mit viel Arbeit und reichlichen Diskussionen ging der Parteitag dann am Samstag mit der Erkenntnis zu Ende, dass die CSU wie auch ihre Mitglieder gefestigt und mit viel Engagement in den Wahlkampf um die bayerische Landtagswahl nächsten Herbst hineingehen.



In der aktuellen Gas- und Energiekrise in Folge der Corona-Pandemie rechnet der Parteivorsitzende mit der Politik der Ampelkoalition in Berlin ab. Die Regierung sei dem Problem nicht gewachsen. Zudem solle die Ukraine im Kampf gegen Russland mehr von Deutschland unterstützt werden. Dies forderte auch der Kiewer Bürgermeister Vital Klitschko, welcher per Live-Videokonferenz zugeschaltet war. Die Ukraine wünsche sich, Teil der europäischen Familie zu werden, so Klitschko. Eine Rückkehr zu den drastischen Regeln beim Kampf gegen die Corona-Pandemie hielt Markus Söder für ausgeschlossen. Es wäre an der Zeit, dass die Bürger und Bürgerinnen selbst bestimmen könnten. Nach seiner Rede wurden die Parteitagsganträ-

laufen zu lassen, sei ein durchsichtiger ideologischer Kompromiss zur Rettung der zerstrittenen linksliberalen Koalition und eine dramatische Fehlentscheidung für unser Land und den Klimaschutz, heißt es in dem Beschlusspapier. Die Ampelregierung verliere sich seit Monaten in ideologischen Grabenkämpfen, Selbstbe-spiegelung und Zuwartem. Unternehmen und Verbraucher interessierten sich nicht für den Gründungsmythos einer Antiatomkraftpartei, sondern verlangen zurecht, dass bestehende Probleme gelöst und die Rahmenbedingungen für Wirtschaft, Arbeit und Wohlstand gesetzt würden. Weiter heißt es: Damit Deutschland aus der Energiekrise kommt, müssen wir vor allem die Abhängigkeit von ausländischen



Schwangerschaftsabbrüche – FU Forchheim diskutiert über aktuelles Positionspapier

Forchheim. Eine ungewollte Schwangerschaft stellt das Leben der betroffenen Frauen auf den Kopf. Innerhalb kürzester Zeit müssen schwerste Entscheidungen über Leben und Tod getroffen werden. Soll ich das Kind behalten? Schaffe ich das, ein Leben mit Kind? Ein Thema, das auch die Frauen Union nicht loslässt. Um die aktuelle Position der Frauen Union Bayern und das hierzu veröffentlichte Papier „Schwangerschaftsabbruch“ näher zu erörtern, veranstaltete der Kreisverband der FU Forchheim unter der Leitung seiner Vorsitzenden Tanja Herbert-Nebe Ende November eine Videokonferenz, zu welcher auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und ehemalige Obfrau der Unionsfraktion im Familienausschuss, Dr. Silke Launert, eingeladen worden war.

Zu Beginn der Veranstaltung gingen die Teilnehmerinnen auf die zentralen Forderungen des FU-Positionspapieres ein. In diesem warnt die Frauen Union Bayern vor einer Bagatellisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und fordert die Bundesregierung dazu auf, eine ergebnisoffene Diskussion zuzulassen sowie eine ideologisch aufgeladene Bagatellisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Verharmlosung zu unterlassen. Für die Frauen Union Bayern sei es von allergrößter Bedeutung, dass Frauen in dieser emotionalen Ausnahmesituation nicht allein gelassen würden, heißt es weiter. Klare Worte findet die FU Bayern auch zu dem Thema verpflichtende Schwangerschaftsberatung: „Einen Schwangerschaftsabbruch in den ersten zwölf Wochen einer Schwangerschaft ohne eine verpflichtende Beratung zu ermöglichen ist für uns nicht akzeptabel.“

Das Bundesverfassungsgericht habe unmissverständlich klargestellt, dass das Grundgesetz den Staat verpflichte, menschliches Leben, auch das

ungeborene, zu schützen. Auch dem ungeborenen menschlichen Leben komme Menschenwürde zu, so die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, welche über die aktuellen Entwicklungen auf Bundesebene berichtete. Rechtlicher Schutz gebühre auch dem Ungeborenen gegenüber seiner Mutter. Der Staat sei insoweit verpflichtet, den rechtlichen Schutzanspruch des ungeborenen Lebens im allgemeinen Bewusstsein erhalten und beleben, so die Abgeordnete weiter. Das Werbeverbot für Abtreibungen abzuschaffen, sei eine absolut falsche Entscheidung gewesen, machte Launert ihre Haltung deutlich. Die Union habe für den Erhalt des § 219 a StGB gekämpft, musste sich dann aber aufgrund der Ampel-Mehrheit geschlagen geben. Zum Hintergrund: Ende Juni dieses Jahres hatte der Deutsche Bundestag mit der Stimmenmehrheit von SPD, Grünen und FDP und der Unterstützung der Linksfraktion das Werbeverbot für Abtreibungen gekippt. „Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch hat die unionsgeführte Vorgängerregierung im Jahr 2019 die Informationsmöglichkeiten erweitert. Sofern noch Defizite bestehen, hätten sich diese auch auf andere Art und Weise beseitigen lassen“, führte Launert weiter aus und prognostizierte, dass die Ampel eine weitere Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruches vorantreiben werde.

Die Teilnehmerinnen der Videokonferenz waren sich einig: Einer Bagatellisierung von Schwangerschaftsabbrüchen wolle man mit aller Entschiedenheit entgegenreten. Und auch diese Erkenntnis war eindeutig: Es war bestimmt nicht das letzte Mal, dass die FU über dieses Thema diskutiert hat.



Bundesmusikpreis APPLAUS 2022: Jazzforum Bayreuth erhält Auszeichnung



Erfurt/Bayreuth. Der Musikpreis APPLAUS wird jährlich vonseiten des Bundes an verschiedene Musikclubs in Deutschland verliehen. APPLAUS steht dabei für „Auszeichnung der Programmplanung unabhängiger Spielstätten“ und würdigt Livemusikclubs als gesellschaftlich bedeutende Orte des gemeinsamen kulturellen Erlebens. Der Preis zeichnet qualitativ anspruchsvolle, trendsetzende, kreative und herausragende Livemusikprogramme und Spielstätten aus.

Dieses Jahr wurde der Preis Mitte November zum neunten Mal in Folge in Erfurt verliehen. Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert freut sich, dass sich dieses Jahr auch ein Bayreuther Musikclub unter den Gewinnern befindet. Das Jazzforum Bayreuth wurde in der Kategorie „Beste kleine Spielstätte und Konzertreihe“ ausgezeichnet und erhält ein Preisgeld von 10.000 Euro.

„Die Corona-Pandemie hat die Musik- und Kulturbranche hart getroffen. Nun fordert die Gas- und Energiekrise sie erneut heraus. Gerade in diesen Zeiten ist die Verleihung daher besonders wichtig und ein starkes Zeichen der Ermutigung und Wertschätzung!“, so Launert.



Mensch & Politik

Dr. Silke Launert